

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis: pro Nummer 10 Pfennig...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
Betragt für die sechsgehaltene Kolonne...

Telegraphen-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Mittwoch, den 22. März 1916.
Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Deutscher Erfolg bei Avocourt nordwestlich von Verdun.

Kriegswirkungen auf den Weltgetreidemarkt.

Der Krieg hat die Lage des Weltgetreidemarktes völlig verändert.
Trotzdem die Mittelmächte als Käufer auf ihm fast ganz ausgeschaltet sind...

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 21. März 1916. (W. Z. V.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Westlich der Maas erstürmten nach sorgfältiger Vorbereitung bayerische Regimenter und württembergische Landwehrbataillone die gesamten stark ausgebauten französischen Stellungen im und am Walde nordöstlich von Avocourt.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Die Russen dehnen ihre Angriffe auch auf den äußersten Nordflügel aus. Südlich von Riga wurden sie blutig abgewiesen, ebenso an der Dünafront und westlich von Jakobstadt stärkere feindliche Erkundungsabteilungen.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Abgesehen von unbedeutenden Patrouillenplänkchen an der griechischen Grenze ist die Lage unverändert. Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 21. März. (W. Z. V.) Amtlich wird verkündet:

Russischer Kriegsschauplatz.

Die Geschützaktivität stellenweise erhöht, namentlich bei der Armee Pflanzar-Baltin.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Lage ist im allgemeinen unverändert. Feindliche Angriffe auf die von uns gewonnenen Stellungen am Randon und Wrgli Brj wurden abgewiesen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unsere Flieger erschienen nachts über Sfora (Salona) und bewarfen den Hafen und die Truppenlager erfolgreich mit Bomben.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: von Soefes, Feldmarschallleutnant.

64/65 Schilling pro Quarter bezahlt. Das sind noch beträchtlich höhere Preise als in Deutschland, denn, in Lonnengewicht und Markwährung umgerechnet, entspricht letztgenannte Notierung einem Preise von 315 Mark pro Tonne, ungefähr das Doppelte des normalen Weizenpreises in England.

Das sind natürlich Kriegspreise, die nach dem Kriege wieder fallen werden; aber nicht sofort und kaum wieder bis auf den früheren durchschnittlichen Preisstand in dem Jahrzehnt vor dem Kriege.

Schiffe in Anspruch nehmen wird, nicht bis auf das Niveau vor dem Kriege. Zudem kommt in Betracht, daß gerade in den letzten Jahren die Produktionskosten der größeren Farmbetriebe in den Vereinigten Staaten beträchtlich gestiegen sind.

Es ist demnach mit ziemlicher Sicherheit darauf zu rechnen, daß sich die Getreidepreise noch mehrere Jahre nach dem Kriege auf einer im Vergleich zu früheren Jahren außergewöhnlichen Höhe halten werden, und zwar keineswegs nur in Deutschland, sondern nicht minder in Frankreich, England und den anderen Ländern West- und Mitteleuropas.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zur U-Bootfrage.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat gestern folgenden Antrag beschlossen:

Der Reichstag wolle beschließen, dem Herrn Reichskanzler folgende Erklärung zu übermitteln:

Der Reichstag spricht die Erwartung aus, daß bei den Verhandlungen über die Anwendung der U-Boots-Waffe alles vermieden wird, was die berechtigten Interessen neutraler Staaten schädigen und eine unnötige Verschärfung und Erweiterung des Krieges bewirken könnte.

Der Reichstag erwartet vielmehr, daß die Regierung alles tun wird, um einen baldigen Frieden herbeizuführen, der die Unversehrtheit des Reiches, seine politische Unabhängigkeit und wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit sicherstellt.

Als Redner für die politische Debatte wurden die Fraktionsvorsitzenden, die Genossen Ebert und Scheidemann, gewählt.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 21. März. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht von Montag nachmittag. Westlich der Maas richtete der Feind ein ziemlich heftiges Feuer auf die Gegend südlich von Malancourt.

Paris, 21. März. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht von Montag abend. In den Argonnen zerstörte unsere Artillerie deutsche Gräben nordöstlich von Four de Paris. Bei Haut Chevauché richteten wir ein zerstörerisches Feuer auf feindliche Werke, das eine beträchtliche Entwidlung von schwefeligen Dämpfen, die aus den durch unsere Geschosse zerstörten Behältern herrührten, zur Folge hatte.

östlich des Balbes von Malancourt leicht fortgeschritten konnten. Bei der Höhe 804 und in der Gegend des Balbes von Bourras heftiges Geschützfeuer. Deslich der Maas und in der Gegend von Voerres war die Artillerietätigkeit zeitweilig ausgesetzt. In der Nacht vom 19. zum 20. März warfen unsere Kampfflugzeuge fünfundsiebenzig Geschosse auf den Bahnhof von Dun an der Maas, wo bedeutende Truppenbewegungen gemeldet worden waren. Alle Geschosse trafen genau ihr Ziel. Am Morgen des 20. März mußte ein unserer Jagdflugzeuge in der Gegend von Verdun niedergehen. Ein feindliches Flugzeug fiel in unsere Linien.

Belgischer Bericht: Am Tage des 20. März war die Artillerietätigkeit ziemlich groß. Während der letzten Nacht warfen englische, französische und belgische Flugzeuge Bomben auf das Flugfeld von Houtave.

Die englische Meldung.

London, 21. März. (B. T. V.) Amtlicher Bericht vom Montag: Beträchtliche Artillerietätigkeit beiderseits in der Gegend von Loos, der Hohenzollernschanze und nördlich Sperrn. Nahe Boesinghe nahm der Feind heute nach heftiger Beschichtung einen Bombenwerferposten, den wir jedoch sofort zurücküberboten.

Der russische Kriegsbericht.

Petersburg, 21. März. (B. T. V.) Amtlicher Bericht vom 20. März. Westfront: In der Gegend des Ronger-Sees verfuhr eine deutsche Abteilung in unsere Linien einzudringen, wurde aber durch Feuer zertrümmert.

In der Gegend südlich von Dinaburg kam es in einzelnen Abschnitten zu heftigen Artillerie- und Infanteriekämpfen. Feindliche Angriffe südlich des Dnywjan-Sees wurden abgeschlagen. In der Gegend östlich von Tweretsch (5 Kilometer) nahmen wir im Sturm das Dorf Welkaja Selo. In der Gegend südlich Tweretsch schlugen wir feindliche Angriffe zurück und erbeuteten zwei Maschinengewehre. Zwischen dem Karocz- und Wiszniew-See besetzten unsere Truppen nach Kampf das Dorf Panarocz (südlich vom Karocz-See) und einen Teil der feindlichen Gräben bei dem Dorfe Ostrowian (östlich vom Wiszniew-See).

In Galizien am Dnjester nahmen unsere Truppen nach Artillerievorbereitung durch einen kräftigen Stoß die Gräben und den Brückenkopf östlich von dem Dorfe Michaleze (4 Kilometer westlich Usceljo).

Kaukasusfront: Die Versuche der Türken, an mehreren Orten in der Hüfengegend vorzugehen, wurden durch unser Feuer vom Land und von der See her vereitelt. Bei der weiteren Verfolgung des Feindes nahmen unsere Truppen wieder einige türkische Offiziere und mehr als 150 Kisten gefangen und erbeuteten Maschinengewehre.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 20. März. (B. T. V.) Amtlicher Heeresbericht. An der ganzen Front herrschte wachsende Tätigkeit der Artillerie, die besondere Festigkeit im Sukanatal und am mittleren Sonzo erreichte. Von diesen beiden Abschnitten wird das Eintreffen von Infanterie- und Artillerieverstärkungen beim Feinde gemeldet. Im Laufe des 18. März machte der Gegner kleine Angriffsversuche gegen unsere Stellungen auf dem Berge Olo (?) im Sukanatal, die glatt abgewiesen wurden. Heftigere Kämpfe entwickelten sich am mittleren Sonzo in der Nacht vom 18. auf den 19. und am folgenden Tage. Unsere Truppen nahmen dem Feinde wieder einen Teil der Gräben ab, die er auf den Höhen von Santa Maria besetzt hatte, und schlugen seine neuerlichen Angriffe gegen unsere Stellungen südlich von Elgini und gegen Selo ab. Als jedes weitere Vordringen des Gegners so gut wie glatt angehalten war, nahmen wir einen Teil unserer vorgeschobenen Stellungen, die mit der Höhe Santa Maria in Verbindung standen, in einer Ausdehnung von etwa 500 Meter zurück, um uns dem Wirkungsbereich der neuen feindlichen Batterien zu entziehen. Der Stellungswechsel vollzog sich in Ruhe ohne irgendeinen Druck von Seiten des Gegners. Auf dem Sabotino versuchte der Feind in gleicher Weise unsere Stellungen bei Cresta anzugreifen, wurde aber sofort zurückgeschlagen. Auf dem Karst verlief der Tag ruhig.

Cadorna über die Schwierigkeiten der Offensive.

Paris, 21. März. (B. T. V.) Cadorna sagte zu einem Mitarbeiter des „Petit Journal“, der mit ihm reiste: Unsere Offensive wird in energischer und bestiger Weise an der einzigen Front wieder aufgenommen werden, an der wir gegenwärtig handeln können. Aber es ist notwendig, daß das Wetter dies gestattet. Gegenwärtig sind die Lawinen, welche häufig die Soldaten begraben, unser schrecklichster Feind.

Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 20. März. (B. T. V.) Das Hauptquartier meldet:

An der Front hat sich die Lage nicht verändert. An der kaukasischen Front ist kein wesentliches Ereignis eingetreten, abgesehen von Plänkelen zwischen Erkundungsabteilungen.

Am 19. März schleuderte am Nachmittag ein Torpedoboot und abends ein Kreuzer Bomben in die Umgegend von Sedd ul Bahr und Lake Burun, ohne eine Wirkung damit zu erzielen. Die Schiffe zogen sich dann zurück.

An der Front im Yemen rückte eine englische Abteilung mit zwei Maschinengewehren in der Richtung auf Elsaile nördlich von Scheich Doman vor. Sie wurde durch unsere Truppe, die ihm entgegengeschickt war, angegriffen. Der Feind floh unter Zurücklassung von 20 Toten und Verwundeten und 9 getötenen Pferden nach Scheich Doman.

Die Russen in Jspahan.

Kopenhagen, 21. März. (B. T. V.) Wie die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet, haben die Russen am 19. März Jspahan eingenommen.

Dienstverweigerung holländischer Seeleute.

Amsterdam, 21. März. (B. T. V.) Wie aus Rotterdam berichtet wird, haben die dortigen Seeleute beschlossen, sich nicht anmusteren zu lassen, solange die Regierung nicht entsprechende Maßnahmen zum Schutze der Schiffe ergriffen hat. Als solche Schutzmaßnahmen werden gefordert die Begleitung durch Kriegsschiffe, ferner daß vor jedem ein- und ausfahrenden Schiff ein Minensucher fahre, und daß der Kurs am Schottland genommen werden soll. Heute wird die Leitung der Seemannsvereinigung Volharding eine Audienz beim Minister des Innern haben.

Der Batavier Dampfer, welcher gestern Abend hätte nach London abgehen sollen, ist nicht ausgefahren; die Besatzung wollte nur dann fahren, wenn der Dampfer eskortiert würde.

Wirkungen des Militarismus in England.

Man kann nicht sagen, daß sich die Dienstpflicht in England großer Beliebtheit erfreut, und die neue Ankündigung Lord Derbys im Oberhause, daß er eine Ausdehnung der Bestimmungen des Militärdienstgesetzes wünsche, werden nicht dazu beitragen, sie populärer zu machen. Lord Derbys Pläne gehen kurz gesagt dahin, alle unbeschäftigten Männer bis zum Alter von 31 Jahren in das Heer einzustellen, auch diejenigen, die in den sogenannten „bevorzugten“ Industrien tätig sind, es sei denn, daß sie in der Beschäftigung, für die sie rekrutiert werden, schon vor dem 15. August 1915 tätig waren. Diese Bestimmungen sollen nicht für die Munitionsarbeiter gelten, und Reklamationen aus persönlichen Gründen sollen immer zugelassen sein. Erst wenn man mit den Einberufungen so weit gehe, werde die Regierung alle die Männer erhalten, die sie braucht.

Die englische Presse äußert sich über diese neue Idee nicht gerade erfreut, aber einige Zeitungen glauben, eine gesetzliche Festlegung des Gedankens deshalb begrüßen zu sollen, weil man dann festen Boden unter den Füßen habe, und die Regierung gebunden sei. Erhalte sie alle Männer, die Lord Derby jetzt verlangt, so dürfe sie dann seine neuen Forderungen mehr erheben. Voraussetzung soll allerdings sein, daß die Ausnahmegesetze der Unversehrtheit, die vollständig für arbeitsunfähige Verwandte zu sorgen haben, in anderer Weise geprüft werden, als es bisher geschehen ist. — Diese Bemerkung läßt darauf schließen, daß die Entscheidungen der Militärtribunale bisher nicht immer als gerecht und zweckentsprechend empfunden worden sind, und in der Tat, verfolgt man die englische Presse aufmerksam, so wird diese Auffassung immer wieder bestätigt. Selbst ein dienstpflichtfreundliches Tory-Blatt erklärte vor kurzem, daß das Gesetz des Landes von Beamten zuhanden geritten wird — eine Art von Militarismus und Kreuzentum, die das Land abheben wird, zu dulden. Jetzt wird wahr, was schon während der Debatten über die Dienstpflicht verschiedentlich gesagt wurde, daß ministerielle Versprechungen zwar eine schöne Sache sind, daß aber die Gerichte und die Tribunale sich nur an das zu halten brauchen, was klar und unabweisbar im Gesetz gesagt ist. Für sie existieren die Verpfichtungen der Minister nicht.

Aber die Militärtribunale sind noch weiter gegangen. Sie haben sich selbst über gesetzliche Bestimmungen hinweggesetzt, um zu ihrem Ziel, möglichst viele Männer in das Heer einzuliefern und sie unter die Militärgefesse zu bringen, zu gelangen. Das Parlament hatte entschieden, daß alle Männer, die sich nach dem 14. August 1915 stellen und als untauglich aus Gesundheitsrückgründen zurückgewiesen würden, von diesem Zeitpunkt an vollkommen von der Dienstpflicht befreit sein sollten. Damals wurde diese Bestimmung vom Kriegsamt durch Mr. Amery lebhaft bekämpft, aber die Regierung sowohl wie das Parlament wiesen den Vorschlag des Herrn Amery, daß alle als untauglich erklärten Leute sich später neuen Untersuchungen unterziehen sollten, zurück. Walter Long erklärte, daß niemand diejenigen, die sich freiwillig gestellt hätten und zurückgewiesen worden seien, als Drückeberger bezeichnen könnte.

Die militärischen Behörden waren damit nicht zufrieden, und die liberale „Nation“ meint jetzt, sie hätten von vornherein nicht die Absicht gehabt, „einer so nebensächlichen Sache wie einer Parlamentsakte zu gehorchen“. An dem Tag, der dem Inkrafttreten des Gesetzes folgte, erließ bereits ein Major Lucas in Cardiff in der Presse eine Instruktion, daß alle diejenigen, die wegen Untauglichkeit zurückgewiesen seien, sich wieder stellen könnten. Der Abgeordnete Thomas, der mit Hunderten von Briefen in dieser Angelegenheit bombardiert wurde, verlangte vom Unterstaatssekretär für den Krieg eine offizielle Erklärung und diese Erklärung — bestätigte die Notwendigkeit eines Vorgehens in der Art des Majors Lucas.

Die Folge waren heftige Proteste im ganzen Lande und eine erregte Debatte im Parlament, aus der bereits die Rede von Sir John Simon und anderen bekannt geworden sind. Es stellte sich dabei heraus, daß Leute, die sogar zweimal als untauglich bezeichnet worden waren, sich ein drittes Mal melden mußten und dann ohne jede Untersuchung als tauglich angenommen wurden. Bei anderen wurden die ärztlichen Urteile (die von Vergleichen der Militärtribunale unter der Derbykampaagne ausgeführt waren) als wertlose Papierfetzen gerissen. Einem Mann wurde das „Juridgewissen“ auf seinem Urteil einfach überstempelt mit „Angenommen“, und zwar wurde er zu Schreibarbeiten kommandiert. „Das geschieht nicht in Javern, in Deutschland“ — ruft „Nation“ erregt — „das geschieht in Hampstead, in England.“ Männer, die auf einem Auge blind sind, werden für bürokratisch-untauglich erklärt. Anders, die für eine große Familie sorgen müssen, obwohl nicht verheiratet, in die Armee eingereiht, während sie nach dem Gesetz Anspruch auf Zurückstellung hatten. . . .

Das Volk ist noch nicht durch jahrzehntelange Gewöhnung fatalistisch geworden und nimmt die Dinge nicht in Ruhe hin, wie sie kommen. Es lehnt sich gegen die Nichtbeachtung der gesetzlichen Vorschriften ebenso scharf an wie gegen die schändliche Auslegung in vielen Fällen, und es scheint uns nicht sehr glaubhaft, daß das Dienstpflichtgesetz angenommen worden wäre, hätte man vorher die Erfahrung besitzen, die man jetzt in der kurzen Zeit gewonnen hat. Das einzige Gute, das durch das scharfe Vorgehen der Militärbehörden bewirkt wird, ist, daß die Menschen erwachen, ist ein Unpopulärwerden des Krieges auch in England. Davor fürchten sich natürlich gewisse Kreise in England, denn je mehr sich die Volksmeinung gegen die Dienstpflicht und gegen den Krieg richtet, desto schlechter wird auch die Stellung derer, die für ihn mitverantwortlich sind, und die die Militarisierung Englands unterstützt haben. Die „unpopuläre“ unabhängige Arbeiterpartei dagegen, die sich dem Militarismus in der schärfsten Weise widersetzt hat, gewinnt zusehends an Sympathien. Eine Entwicklung, die nur natürlich ist, die aber von den Mitgliedern der Arbeiterpartei und ihren Ministermitgliedern nicht vorausgesehen, sondern bestritten wurde.

Partei und Ueberzeugung.

In einer Erörterung der Freihandelsfrage und ihrer Beziehungen zu dem gegenwärtigen Kabinett und den maßgebenden Politikern beider Parteien fährt der „Economist“ vom 28. 2. folgendes aus:

In der Politik fordern Vertrauen und Ehrlichkeit, Beständigkeit und Gerechtigkeit, daß öffentliche Maßnahmen von hervorragender Wichtigkeit, wie der Schutzzoll oder der Wehrzwang, nicht von politischen Renegaten abgetan werden sollten, d. h. von Leuten, die während ihrer Amtstätigkeit zu gegenteiliger Meinung bekehrt wurden. Da nun die Freihändler zehn Jahre lang im Amte gewesen sind, wobei der Freihandel der Grundstein ihrer politischen Stellung war, so bliebe ihnen, träten sie zu einer anderen Anschauung über, nicht wohl etwas anderes übrig, als ihre Aufschichtigkeit und Uninteressiertheit dadurch zu beweisen, daß sie sich für einen angemessenen Zeitraum vom Amte zurückziehen und den Vorkämpfern und Predigern des Zolltarifdogmas gestatten, endlich die Frucht ihrer Mühen zu ernten.

Wenn Minister, die ihr Amt seit etwa zehn Jahren innehaben, so an ihrem Plage leben, daß sie, um ihn nicht zu verlieren, einer nach dem anderen unter einem politischen Waffenstillstand die Hauptstütze ihres politischen Glaubens abzuwerfen, so ist es tatsächlich an der Zeit, zu fragen, ob es einen Zweck hat, den Namen der Seite überhaupt noch beizubehalten. . . . Die Partei war in der Tat und sollte sein nicht das Instrument „politischer Laster“, sondern politischer Ehrlichkeit und

Zugend“. Die Partei hält die Politiker bei einer bestimmten Ueberzeugung, sie gibt ihnen ihr Amt, und sie sollte daher darauf bestehen, daß sie ihr Amt verlassen, wenn Vertrauen und Ehre dies verlangen.

Diese Ansicht wird von 30 unter den 33 Vorstandsmitgliedern der Handelskammer in Manchester geteilt, deren Denkschrift über den Freihandel und deren starkes Festhalten an diesem Grundsatz denjenigen Kollegen von Mr. Esquith besonders peinlich sein wird, die in der Free-trade Union Vorstandsmitglieder waren und wahrscheinlich noch sind.

Man könnte fragen, ob das Land nicht durch eine Reihe von Desertionen gewinnen würde, die allerdings aus der liberalen Partei ein Bruch machen würden. Kann der Krieg gewonnen werden, indem 100 000 Mann zum Heeresdienst im Ausland gezwungen und Schutzzölle auf die Einfuhr gelegt werden, so braucht sich sicher niemand zu beklagen. Die Antwort ist sehr einfach: über Schutzzölle und Wehrzwang herrschen noch heute, wie dies stets der Fall war, weit auseinandergehende Meinungen. Sind unter den liberalen Regierungsmitgliedern einige, die sich ehrlich zu der Anschauung bekehren lassen, daß der eine dieser politischen Wege dazu helfen werde, den Krieg zu gewinnen, so ist klar, was sie zu tun haben. „Sie können sagen, wenn sie das müssen, daß sie ihr altes Dogma nur während des Krieges ins Rühlhaus legen, und daß, nachdem der Krieg vorüber ist, die alten Glaubensartikel des freiwilligen Heeresdienstes, der freien Meinungsäußerung und des Freihandels daraus so frisch und ehbar wie je für den Verbrauch durch die Wähler hervorgeholt werden können.“

Gewiß muß das Land vor der Partei kommen. Andererseits muß man aber fordern, daß Prinzipientreue über das Festhalten am Amte gehen sollte. Man sollte nicht von Esquith und dem Freihandel sagen können, was über Sir Robert Peel und den Schutzzoll von seiner Partei gesagt wurde: „Wir nahmen ihn als Führer, um den Triumph des Freihandels zu vollenden, und nun müssen wir dessen Untergang erleben.“

Weiter beklagt der „Economist“, daß jetzt, anstatt daß man unter der Koalitionregierung einen politischen Waffenstillstand hätte, die Liberalen nicht vor einem Verrat händigt. Die Freihändler glauben, daß ihre eigenen Führer noch einen Schritt weiter gehen wollen, um ihre Tory-Kollegen in guter Stimmung zu erhalten. Einige hervorragende Männer der liberalen Partei erheben allerdings lautlos Widerpruch — wie beispielsweise Sir George Fordham, der damit seinen Rücktritt von seiner Mitgliedschaft in der Liberal Association in Cambridge begründete. „Wir hoffen und glauben“ — so schreibt der „Economist“ — „daß es im ganzen Lande Tausende von mutigen Männern wie Sir George Fordham gibt, die ihr Vestes tun werden, um zu verhindern, daß etwas, was sie für einen nationalen und wirtschaftlichen Niedergang halten, durch ein politisches Manöver herbeigeführt wird.“

Ein nüchternes Urteil der „Morningpost“.

London, 20. März. (B. T. V.) Die „Morningpost“ schreibt im Leitartikel über die Rede des deutschen Schatzsekretärs Helfferich, man brauche nicht alles, was Helfferich gesagt habe, für bare Münze nehmen, sollte seine Rede aber auch nicht als reine Prahlerei auffassen. Wir selbst haben uns niemals Illusionen über die Stärke Deutschlands gemacht. Wenn unsere Politiker verächtlich von einer Nation sprachen, die von Verderblichkeit und Abfällen so überschattet wird, daß sich eine wahnstimmige Unwissenheit ihren gerechten Lohn ernten würde. Seit dem Beginn des Krieges scheinen sich unsere Politiker in den Glauben eingewiegt zu haben, daß Deutschland am Rande des Zusammenbruchs stünde. Das Blatt führt dann weiter aus, wie die deutsche Wirtschaftspolitik, die seit 50 Jahren die Produktion des Landes systematisch entwickelte, und die den Staat in Verbindung mit den Produzenten erhielt, dazu beigetragen habe, daß Deutschland im Kriege für seine Ausgaben eine vollwertige Leistung erhielt, während in England eine unsinnige Verschwendung herrsche.

Wirtschaftliche Friedensvorbereitung.

Wien, 20. März. (B. T. V.) Um Störungen und Geminnisse des Wirtschaftslebens aller Art zu vermeiden, die sich einstellen müßten, wenn bei Wiederkehr regelmäßiger Verhältnisse das gegenwärtig geltende Privatrecht noch in Kraft stünde, erließ die Regierung heute mit kaiserlicher Verordnung eine Novelle zum allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuch. Dringlich waren in besonderer Weise Bestimmungen, welche die Wirkung von unerwünschten Erscheinungen des Wirtschaftslebens verhüten oder doch abschwächen sollen, wie sie die Rückverwandlung der Kriegsindustrien in Friedensbetriebe, das zu erwartende Einströmen fremder Rohstoffe und Erzeugnisse, das Emporschwellen des Angebots von Arbeitskräften, die Eröffnung neuer Handelswege und die große Zunahme der Gütererzeugung mit sich bringen werden. (Diese B. T. V.-Meldung sagt nichts über die Art der Vorbereitung auf die wirtschaftliche Friedensarbeit. Anm. der Red. des „Vorwärts.“)

Trübe Aussichten.

Die französische Presse wendet sich immer häufiger der Erörterung der sozial-ökonomischen Aussichten zu, die sich nach dem Kriege für Frankreich eröffnen. Hierbei werden die Stimmen, die auf irgendein Wunder hoffen, immer seltener und mehr und mehr kommt in den Betrachtungen der französischen Nationalökonomien eine objektive Würdigung der jetzigen Situation und der Kriegesfolgen zum Durchbruch. Nicht sehr reich ist in dieser Beziehung ein Artikel von De Streel im Februarheft der „Revue de Paris“. „Wir würden“, schreibt er, „in einen tiefen Fehler verfallen, wollten wir annehmen, daß der bevorstehende Friedensvertrag das letzte Blatt in der jetzt durchlebten Epoche bilden würde. In dem Augenblick, wo der Krieg zu Ende ist, werden alle kriegsführenden Mächte die zerstörten Reichtümer wiederherstellen und Vorbereitungen treffen müssen, um die ungeheure Last zu tragen, die als unvermeidliche Folge des Krieges eintreten wird. Dieser neue Kampf wird nicht wegen Territorien geführt werden, von ihm wird aber die ganze Zukunft der Nation abhängen, und die Nation, die in diesem Kampf besiegt sein wird, wird zur Lage eines Kleinstaates degradiert sein.“

Um die Bedeutung dieser Worte besonders hervorzuheben, führt De Streel eine Reihe von Tatsachen an. Schon vor dem Kriege war die wirtschaftliche Lage Frankreichs keineswegs so glänzend, wie es einige darzustellen suchen. Der Nationalreichtum Frankreichs vermehrte sich langsamer als in anderen Ländern. Zahlreiche Anzeichen sprachen dafür, daß mit Ausnahme der Montanindustrie die Aktivität des Landes infolge Mangels an Unterstützung und Vertrauen im Abnehmen begriffen war. Der Krieg könne diese Situation nur verschlechtern. Das Land sei verarmt, sein Nationalreichtum habe eine tiefe Wunde davongetragen.

Dies alles ist aber noch nicht das Schlimmste. Größere Gefahren erwartet De Streel auf dem Gebiete der Beziehungen zwischen Frankreich und den anderen Ländern.

Vor dem Kriege war die Zahlungsbilanz für Frankreich günstig: die Differenz zwischen Einfuhr und Ausfuhr wurde durch die im Ausland placierten französischen Anleihen und die Ausgaben der ausländischen Reisenden in Frankreich kompensiert. Diese Situation würde sich nach dem Kriege schroff ändern. Es würden ungeheure Anläufe von Produktionsmitteln im Ausland erforderlich sein, um die gestörten Werke wiederherzustellen. Die Rohstoffvorräte und Warenlager, die im Kriege erschöpft wurden, müßten neu gefüllt werden. Alle diese Anläufe würden Frankreich um so teurer zu stehen kommen, als sie bei hohen Preisen und einer entwerteten Valuta abgeschloffen werden müßten. De Streel glaubt nicht zu übertrieben, wenn er annimmt, daß Frankreichs Zahlungsbilanz im ersten Jahr nach dem Kriege mit 4-5 Milliarden und in jedem der folgenden 4-5 Jahre mit 2-3 Milliarden passiv sein würde.

Wo würde nun Frankreich die Mittel hernehmen, um diese ungeheuren Summen zu decken? Den Optimisten gegenüber, die auf die mindestens 42 Milliarden betragenden ausländischen Werte in Frankreich hinweisen, bemerkt De Streel, der Wert dieser Auslandspapiere würde infolge des Rückgangs der Börsenkurse und der Verteuerung des Geldes mit einem Schlage auf 28 Milliarden zurückgehen. Hiervon müßten aber noch 5 Milliarden Werte abgezogen werden, die bereits jetzt oder in nächster Zukunft nach Amerika überfiedeln würden. Übrig blieben also höchstens 23 Milliarden.

Aber auch hieron könnten bei weitem nicht alle Werte realisiert werden, da zahlreiche Auslandspapiere kaum Käufer finden werden. Was bliebe also übrig? Die Anläufe einschränken? Das wäre gleichbedeutend mit Selbstmord! Die Produktivkräfte des Landes würden verstreut und im unbarmerzigsten internationalen Wirtschaftskampf, der nach dem Krieg unvermeidlich sei, würde Frankreich weit zurückgedrängt werden. De Streel sieht deshalb nur einen Ausweg: die Schaffung eines großen französischen Kolonialreiches, das Frankreich die fehlenden Reichtümer liefern könnte!

Diese Utopie ist charakteristisch für den sonst so einsichtigen und nüchternen französischen Gelehrten. Er hat die ungeheuren Schäden, die der Krieg auch dem französischen Wirtschaftsleben zugefügt hat, mit unerschöpflicher Hand geschilbert; er hat die trüben Perspektiven richtig gekennzeichnet, die sich seinem Lande nach dem Krieg eröffnen; sein Blick sucht aber vergebens einen Ausweg aus dieser Sackgasse, und so trötet er sich mit dem kühnen Sprung in das Reich der kolonialen Herrlichkeit — als könnte diese mit einem Schlage wieder gut machen, was der „Abnützungskrieg“ und die Selbstzerfleischung der europäischen Völker vernichtet haben. (Z)

Die schweizerische Neutralität.

Aus der Schweiz wird uns geschrieben:
Die Preisgabe ihrer Neutralität durch die Parteinahme für eine der kriegführenden Mächtegruppen würde für die Schweiz zunächst das Ende der Friedensoase inmitten der sie umgebenden Kriegswüste und sodann das Ende der Schweiz als unabhängiger und selbständiger Staat bedeuten. Diese Vernichtung der schweizerischen Demokratie will aber vor allem das lohnarbeitende Volk nicht, das in ihr die politischen Rechte und Kampfmittel besitzt, mit denen es wirksam und erfolgreich an seinem eigenen wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg arbeiten kann. Die mit dem internationalen Kapital in bedeutendem Maße verflochtenen schweizerischen Kapitalisten hängen zweifellos an der alten schweizerischen Demokratie nicht mit der gleichen Willensstärke und Entschlossenheit wie die lohnarbeitenden Massen, obwohl der Bundesrat gerade während der Kriegszeit alles zur gewinnreichen Förderung der Kapitalisteninteressen getan und diesen wichtige Arbeiterinteressen geopfert hat. Darum auch der Mangel an Vertrauen der Arbeiterschaft zu der Landesregierung und der Armeeführung.

In diesem Sinne waren auch die Reden unserer Genossen Grim, Sigg, Raine, Graber und Greulich im Nationalrat gehalten und in diesem Sinne hatten sie folgende Anträge gestellt: „Die außerordentlichen Maßnahmen, deren der Bundesrat zur Durchführung der mit der Aufrechterhaltung der Neutralität verbundenen Aufgaben auf wirtschaftlichem, politischem und finanziellen Gebiet bedarf und deren Grundlagen nicht durch die Verfassung oder durch die bestehenden Gesetze des Bundes gegeben sind, unterliegen der dauernden Kontrolle der Bundesversammlung. Der Nationalrat ernannt zur Lieberwahrung, Verhinderung und Antragstellung über die vom Bundesrat getroffenen außerordentlichen Maßnahmen eine Kommission von 28 Mitgliedern. Der Bundesrat unterrichtet diese Kommission fortlaufend über die von ihm getroffenen außerordentlichen Maßnahmen. Er hält dieser Kommission alle mit seinen außerordentlichen Maßnahmen im Zusammenhang stehenden Akten zur Verfügung. Die Mitglieder haben das Recht zur Einsichtnahme in diese Akten, die auf Verlangen der Kommission zu ergänzen sind. Die Kommission erstattet dem Nationalrat in jeder Session einen detaillierten Bericht über ihre Wahrnehmungen, soweit sich diese zur öffentlichen Erörterung eignen und stellt entsprechende Anträge zur Beschlußfassung.“ Ein zweiter Antrag lautet: „Die vor dem Disziplinärgericht in Zürich von höheren Offizieren entwickelten Ansichten über die Neutralität werden vom Nationalrat eingehend abgelehnt und mißbilligt. Bundesrat und General werden beauftragt, gegen Offiziere, die in Verletzung der der Armeeführung übertragenen Aufgaben versuchen, die äußere Politik des Landes zu beeinflussen, mit größter Entschiedenheit und Promptigkeit, nötigenfalls mit sofortiger Amtsenthebung einzuschreiten.“

In der Abstimmung wurde der erste Antrag mit 159 gegen 15, der zweite mit 111 gegen 88 abgelehnt.

Was vor der überwiegend großen Mehrheit des Nationalrats auf Antrag der Neutralitätskommission beschlossen wurde, ist ein Vertrauensvotum für Bundesrat und General und Armeeführung, gleichzeitig allerdings auch — und das ist der springende Punkt — das neuerliche Bekenntnis zur ferneren Behauptung der Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz mit strenger Unparteilichkeit gegenüber allen Kriegführenden. Eine Renewung ist das Verlangen an den Bundesrat, jeder Session der Bundesversammlung ohne weiteres Bericht zu erstatten über die von ihm in der Zwischenzeit getroffenen Maßnahmen. Damit ist auch eine Forderung der Sozialdemokratie erfüllt worden. Ferner wurde die Mitgliederzahl der Neutralitätskommission von 19 auf 21 erhöht.

Unsere schweizerische Parteipresse übt scharfe Kritik an der Haltung der bürgerlichen Mehrheit des Nationalrats, und das Zürcher „Volkrecht“ spricht es offen aus, daß das Parlament sich allmächtig und unverantwortlich fühlen würde, wenn es nicht die Volksbewegung und die sozialdemokratische Opposition fürchten müßte. Und darum wird diese auch fernershin mit aller Kraft ihren wichtigen Posten ausfüllen.

Die italienischen Interessen in Ägypten.

Rom, 21. März. (B. Z. B.) Meldung der Agenzia Stefani. Zwischen Sonnino und dem englischen Botschafter fand

gestern ein Notenaustausch statt zur Regelung einiger zwischen beiden Regierungen hinsichtlich Ägyptens noch stehenden Fragen. Die italienische Regierung stimmte einer Verlängerung der Amtsdauer der gemischten Gerichtshöfe zu. Die englische Regierung verpflichtete sich, von Ägypten die Ernennung eines anderen italienischen Richters bei den genannten Gerichtshöfen zu erlangen. Bei dieser Gelegenheit wurden noch einige Punkte betreffend die eventuelle Aufhebung der Kapitulationen in Ägypten sowie die Lage der italienischen Kolonialinteressen geregelt. Die englische Regierung erklärte, sie habe die Wichtigkeit der italienischen Interessen in Ägypten immer anerkannt und sprach sich formell für den Grundgedanken der Gleichbehandlung der italienischen Interessen und Staatsangehörigen in Ägypten, auch bezüglich der Kolonialinteressen, mit den Bürgern und Interessen jeder anderen Macht aus. Die italienische Regierung gab ihre Zustimmung unter dieser Bedingung zur eventuellen Aufhebung der Kapitulationen und zu einer Umgestaltung der gemischten Gerichtshöfe, wenn die anderen Großmächte ebenfalls zustimmen.

Antimilitaristischer Kongress.

Stockholm, 21. März. (B. Z. B.) Ein antimilitaristischer Kongress wurde seitens der Jungsozialistischen in Widerspruch mit dem Vorstande der sozialdemokratischen Partei in den letzten Tagen hier abgehalten. Drei Teilnehmer, darunter der Abgeordnete Höglund, wurden gestern wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Behörden angeklagt.

(Es handelt sich um einen Kongress des schwedischen sozialistischen Jugendbundes, der nicht nur Jugendliche, sondern alle radikalen sozialistischen Kreise Schwedens umfaßt. Der Abg. Höglund nahm als Vertreter des Bundes auch an der Zimmerwalder Konferenz teil.)

(Ann. der Red. des „Vorwärts“.)

Ausbreitung der chinesischen Revolution.

Amsterdam, 21. März. (B. Z. B.) Wie ein hiesiges Blatt erfährt, meldet der Korrespondent der „Times“ aus Peking, daß die Rebellen im unbeschränkten Besitz der Provinzen Yunnan und Kweichow sind. Sie begannen im Norden damit, die wichtige Stadt Suisu zu besetzen und bedrohen Kwantun in Kwangsi und Chungking in Szechuan. Ihre eigentlichen Absichten sind unbekannt, offenbar wollen sie sich des Arsenal in Changtu, der Hauptstadt von Szechuan, bemächtigen. Die Rebellen truppen zählen 30 000 Mann der regulären Armee. Man glaubt, daß sie 18 Batterien moderner Berggeschütze besitzen, und es ist bekannt, daß sie über Munitionsvorräte verfügen. Der Führer der Rebellen ist Tsaiiao, ein Offizier, der in Japan ausgebildet wurde und früher Militärattaché von Yunnan war. Die chinesische Regierung trifft Vorbereitungen, um binnen sechs Monaten 100 000 Mann ins Feld zu stellen. Ein Expeditionskorps von 20 000 Mann ist bereits in Szechuan. In der Nachhut sind weitere Divisionen konzentriert. Die Unabhängigkeitserklärung von Kwangsi wurde Donnerstag nach Peking gebracht, das bedeutet eine große Ausdehnung der Revolution.

Die Berliner Genossen und die Steuerfragen.

In 18. fast durchweg gut besuchten Versammlungen nahmen gestern abend die Berliner Genossen Stellung zu den neuen Steuern, die von der Regierung als eine wenigstens teilweise Deckung der durch den Krieg ins Ungemeinere gestiegenen Ausgaben des Reiches vorgeschlagen worden sind. Eine einheitliche Resolution war diesmal nicht vorgehen. Die Stimmung in den Versammlungen war aber überall eine einhellige, eine einhellig ablehnende!

In der Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für den ersten Berliner Wahlkreis hielt Landtagsabgeordneter Paul Hirsch den Vortrag. Seine vom sozialistischen Geiste getragene Behandlung des Themas festelte die Hörer bis zum letzten Augenblick. Er schloß seinen Vortrag mit einem Ausblick in die Zukunft und dem Wunsche, daß die Zeit nach dem Kriege eine einige und geschlossene Partei vorfinden möge. Starker Beifall folgte seinen Ausführungen.

Eine Diskussion fand nicht statt.
Die Versammlung des zweiten Kreises in der „Victoria-Brauerei“ in der Lützowstraße entsprach nicht dem, was man hätte erwarten können, wenn man berücksichtigt, daß das Thema des Abends die neuen Steuern betraf. Der Saal hatte über und über mit Interessenten angefüllt sein müssen, das auszusprechen erfordert das Gebot der Stunde. Um so mehr, als wie der Abgeordnete des zweiten Kreises, Genosse Richard Fischer, in der Einleitung seines Vortrages betonte, in den letzten 20 Monaten fast keine Möglichkeit bestand, innerpolitische Fragen von so eminenter Bedeutung in der Öffentlichkeit zu behandeln. Der Redner nahm denn auch die seltene Gelegenheit wahr und sprach sich mit Sachkenntnis und Temperament das ganze Steuerbudget der Regierung und was unter vollster Zustimmung der Anwesenden auf die Unmöglichkeit hin, mit solchen Steuern den Reichsfinanzen wieder auf die Beine zu helfen.

Das rege Interesse, das der Frage des Tages von der arbeitenden Bevölkerung entgegengebracht wird, zeigte sich mehr bei der Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für den dritten Reichstagswahlkreis. Schon gleich nach 8 Uhr pilgerten zahlreiche Frauen und Männer nach dem Gewerkschaftshaus, wo die Versammlung stattfand. Schnell füllte sich der große Saal bis zum letzten Platz. Selbst die Seitenbühne war besetzt, und so mancher mußte noch stehen. Genosse Heinrich Strödel hielt unter lebhaftem Beifall seinen instruktiven Vortrag, dem die Versammelten mit größter Aufmerksamkeit folgten.

Voelkers Saal in der Weberstraße bot ein Bild, wie wir es lange nicht mehr gesehen haben. Zwar war es ja „nur“ eine Mitgliederversammlung. Aber eine Volksversammlung hätte auch nicht stärker besucht sein können. Der Saal bot kaum Platz genug, alle Wahlvereinsmitglieder aufzunehmen, die gekommen waren, um sich durch den Reichstagsabgeordneten ihres Kreises über die neuen Steuerpläne der Regierung informieren zu lassen. Noch eine andere Erscheinung gab der Veranstaltung mehr das Bild einer Volksversammlung: die polizeiliche Ueberwachung. In Mitgliederversammlungen haben wir sie seit Jahren nicht mehr gesehen. Selbst in Volksversammlungen war sie vor dem Kriege eine seltene Erscheinung. Die gegenwärtigen Zeitverhältnisse haben auch diese veraltete Einrichtung wieder zu neuem Leben erweckt.

Unter ungeheurer Aufmerksamkeit und Zustimmung der Versammlung schloß der Genosse Böhmer den Einfluß des Krieges auf die wirtschaftlichen Verhältnisse. Nach einer Beleuchtung der Steuervorlagen betrat der Redner unter lebhaftem Beifall den Standpunkt: die durch den Krieg notwendig gemachten neuen Steuern müssen so gestaltet werden, daß sie den Wohlhabenden und Reichen, besonders den durch Kriegsgewinne Bereicherten, nicht aber den schwer um ihre Existenz ringenden Volksmassen auferlegt werden.

Im Musikervereinssaale, Kaiser-Wilhelmstraße, hatte sich eine stattliche Zahl von Mitgliedern des fünften Reichstagswahlkreises eingefunden. Der Referent, Genosse Robert Schmidt, kam noch einer sachkundigen Kritik der Steuervorlagen zu dem Schluß: Unsere Aufgabe besteht nicht nur in der Kritik der Regierungsvorlagen, sondern wir müßten auch darlegen, welche anderen Steuerpläne in Frage kämen, um die durch den Krieg verursachten Ausgaben zu decken. Diese Aufgabe sei nicht leicht. Die von anderer Seite ausgesprochene Befürchtung, das zu stark belastete Kapital würde auswandern, sei nicht sehr wahrscheinlich, aber in gewissen Grenzen möglich. Viel schlimmer aber sei die andere Möglichkeit, daß Arbeiter in großer Zahl auswandern, weil ihre Existenz erschwert werde. Dies zu verhindern sei die Aufgabe einer einseitigen Steuerpolitik. Um das durchzuführen, was im Interesse der Arbeiterschaft notwendig sei, müsse unsere Partei einig und geschlossen zusammensitzen. Dann werde auch unser Weg vorwärts und auswärts führen.

Der Vertreter des sechsten Reichstagswahlkreises, Genosse Ledebur, behandelte in den „Germania-Sälen“ die brennend wichtige Frage der Steuern vor überfülltem Hause. Im Einverständnis mit seinen Zuhörern nannte er die Poststeuer eine „kulturwidrige“ Steuer, bezog sich aber auch die Veranlagung auf seiner Seite, als er bezüglich der Verkehrssteuern vor „verkehrten“ Steuern sprach. Mit zwingender Logik wies er an Hand der Tatsachen nach, daß die neuen Steuerentwürfe in der heutigen Form nimmermehr die Zustimmung der breiten Volksmassen finden könnten.

In Neukölln fanden 3 Versammlungen statt. Die Leiter der Versammlungen gaben zunächst die Schwierigkeiten bekannt, welche bei Abhaltung dieser Versammlungen zu überwinden waren.

In den „Passage-Festsälen“ waren circa 600 Personen, größtenteils Frauen, zusammengelassen, um den Abgeordneten ihres Kreises, den Genossen Zubeil, zu hören. Diese Versammlung wies ohne Zweifel den besten Besuch auf. Der Redner kritisierte die neuen Steuerforderungen, er bezeichnete sie als ein schlechtes Steuerbudget, das für die Sozialdemokratie unannehmbar sei. Die Zuhörer gaben oft ihre lebhaftige Zustimmung durch Zurufe zu erkennen.

In „Karlsgarten“ sprach Genosse Eichhorn ebenfalls gegen die Steuerforderungen. Redner erläuterte in sachlicher Weise die einzelnen Steuern und ihre voraussichtliche Wirkung. — Diese Versammlung war von circa 300 Personen besucht.

In der Anesebeckstraße nahmen auch circa 300 Personen an der Versammlung teil. Genosse Braun hatte hier das Referat.

In allen Lokalen zeigten die Versammlungsteilnehmer eine starke Mißstimmung gegen die geplanten Steuern und manch unmutiges Wort über die drohende Mehrbelastung des Volkes wurde aus den Reihen der Besucher hörbar.

Außer diesen Versammlungen fanden noch solche in Charlottenburg im „Volkshaus“, in Schöneberg im „Schwarzen Adler“, für Lichtenberg-Stralau im Café Bellevue und für Pankow-Niederschönhausen im „Kurfürsten“ statt. Als Referenten waren für diese Versammlungen vorgelesen die Genossen Adolf Hoffmann, Emanuel Burm, Arthur Stadthagen und Dr. Joseph Herzfeld. Störende Zwischenfälle wurden aus keiner dieser Versammlungen gemeldet.

Die Daheimgebliebenen haben gestern abend geglaubt, daß sie gewiß sind, die alten Traditionen der Partei aufrecht zu erhalten, und daß die Organisation der Berliner Genossen trotz aller Wirren, welche der Krieg auch in ihre Reihen trug, ein Faktor geblieben ist, mit dem man politisch rechnen muß!

Letzte Nachrichten.

Fliegerangriff auf Bebrügge.

London, 20. März. (B. Z. B.) (Neuermeldung.) Die Admiralität macht bekannt: Heute morgen griffen 60 britische, französische und belgische Flugzeuge, begleitet von 15 Kampfflugzeugen, die deutsche Wasserflugstation Bebrügge und den Flughafen Oulade an. Es scheint beträchtlicher Schaden angerichtet worden zu sein. Jedes der Flugzeuge führte durchschnittlich 200 Pfund Bomben mit sich. Alle sind wohlbehalten zurückgekehrt. Ein belgischer Offizier ist ernstlich verwundet.

Das Seegefecht an der flandrischen Küste.

London, 21. März. (B. Z. B.) Die Admiralität teilt mit: Gestern morgen richteten vier britische Zerstörer drei deutsche Zerstörer in der Nähe der belgischen Küste. Der Feind fuhr sofort nach Bebrügge, verfolgt von unseren Zerstörern. Während der Fahrt wurden Schiffe gewechselt. Wie man beobachtet konnte, wurden zwei Schiffe des Feindes getroffen. Wir hatten vier Zerstörer.

Notiz des B. Z. B.: Wir verweisen auf die amtliche Meldung des Chefs des Admiralstabes.

Zum Untergang der „Tubantia“.

Haag, 21. März. (B. Z. B.) Anlässlich der unrichtigen Meldungen in der niederländischen Presse über Schritte, die bei der deutschen Regierung wegen des Unterganges der „Tubantia“ unternommen worden sein sollen, teilt das Ministerium des Auswärtigen mit, daß die Ausführung der dem holländischen Gesandten in Berlin am Abend des 19. d. M. zugekommenen Instruktionen, denen zufolge er auf Grund der Erklärungen der Personen an Bord des Dampfers die deutsche Regierung um Einleitung einer Untersuchung ersuchen sollte, infolge der inzwischen vom hiesigen deutschen Gesandten namens seiner Regierung abgegebenen Erklärung unterblieben ist.

Haag, 21. März. (B. Z. B.) Der „Nieuwe Courant“ schreibt, daß die holländische Regierung, nachdem sie im Besitz einer unbedingten Zurückweisung jeder Verantwortung für den Untergang der „Tubantia“ von deutscher Seite ist, darin einen Anlaß finden könnte, sich mit einem Ersuchen um Einleitung einer näheren Untersuchung an die britische Regierung zu wenden. Wenn auf dieses Ersuchen eine entschiedene Verneinung einliefe, wäre die Schwierigkeit wegen der in dieser Angelegenheit durch die Regierung einzunehmenden Haltung einigermaßen beringert, da sie dann im Besitz von zwei völlig gleichwertigen Erklärungen wäre. — Das „Vaderland“ hätte den Augenblick zu einem gemeinsamer Vorgehen der interessierten Mächte wegen der bedrohten Schifffahrt für günstig.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Besserung auf dem Arbeitsmarkt.

Die Zahl der bei 88 Verbänden der freien Gewerkschaften ermittelten Arbeitslosen zeigt in der Woche vom 6. bis zum 13. März eine Abnahme von 2277 auf 2127 d. i. um 100 oder 6,30 Proz. Bei den einzelnen Verbänden sind nur unwesentliche Veränderungen zu verzeichnen, als deren bedeutendste die Abnahme um 73 Buchbinder — infolge vorübergehender Einstellung von Frauen — zu nennen ist. Das Weniger um 80 arbeitslose Bäcker und Konditoren ist in der Hauptsache auf militärische Einberufungen zurückzuführen.

Bei den öffentlichen Arbeitsnachweiser Groß-Berlins betrug die Zahl der vermittelten männlichen offenen Stellen 2635, die der weiblichen 2614. An offenen Stellen waren für männliche Arbeitskräfte 3268, für weibliche 3124 vorhanden. Die Zahl der männlichen Arbeitsuchenden stellte sich auf 3117, die der weiblichen auf 3531.

Einseherversammlung. In dem Bericht von einer Einseherversammlung in Nr. 80 des „Vorwärts“ heißt es: „Lansky teilte dann mit, daß sich die Verwaltung im Sinne des Protestes der letzten Einseherversammlung schlüssig gemacht habe. Jene Versammlung hatte Protest dagegen erhoben, daß durch die Schreibweise der „Holzarbeiter-Zeitung“, wie es namentlich durch einen bestimmten Artikel geheißen sei, der Parteistreit in die Gewerkschaften hineingetragen werde. Auf Veranlassung der Verwaltung hat die Pressekommision dem Redakteur nahegelegt, in Zukunft die bemängelte Schreibweise zu vermeiden.“

Diese Mitteilung entspricht, soweit die Entscheidung der Pressekommision der „Holzarbeiter-Zeitung“ in Frage kommt, nicht den Tatsachen. In der Entscheidung der Pressekommision auf die Beschwerde der Berliner Verwaltung gegen den Leitortitel in der „Holzarbeiter-Zeitung“ vom 29. Januar wird zwar gewünscht, daß die herben persönlichen Angriffe unterblieben wären. Das bezieht sich auf die Charakterisierung eines Abgeordneten, von dem es schon in dem infrimierten Artikel heißt, daß dem Manne am besten gedient sei, wenn man möglichst wenig von ihm spricht. Im übrigen aber wird der Artikel von der Pressekommision gebilligt. Sie erklärt, daß sie die Zurückweisung des Vorwurfs, als ob bestimmte Personen in der Arbeiterbewegung dem Frieden hinderlich in dem Weg stehen, nur gut heißen könne. Und im Hinblick auf die Gefahr, daß das Beispiel, welches durch das Auftreten der Rinderheit in der sozialdemokratischen Partei gegeben ist, seine Rückwirkung auf die Gewerkschaften ausüben könne, erachtet die Pressekommision eine Abwehr für berechtigt.

Um einer Legendenbildung vorzubeugen, die sich auf den erwähnten Versammlungsbericht stützen könnte, bitte ich von dieser Berichtigung Notiz zu nehmen.

M. Kappfer,
Redakteur der „Holzarbeiter-Zeitung“.

Deutsches Reich.

Strafuntersuchung.

Vor einigen Monaten war der Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Solingen, Genosse Karl Kapp, wegen Vergehens gegen das Gesetz über den Belagerungszustand zu einem Tag Gefängnis verurteilt worden, weil er eine Betriebsversammlung bei der Polizei nicht angemeldet hatte. Jetzt wurde ihm die Mitteilung, daß durch allerhöchsten Unabsehbar die Gefängnisstrafe zu 30 W. Geldstrafe, im Falle der Unbeibringlichkeit zu einem Tag Haft umgewandelt worden sei.

Bezirkskonferenz der Bauarbeiter Nordbayerns.

Die derzeitigen Vorgänge im Baugewerbe veranlaßten die Zentralkommission des Deutschen Bauarbeiterverbandes in allen Vertragsgebieten außerordentliche Bezirkskonferenzen abhalten zu lassen, um die Meinungen der organisierten Bauarbeiter zur ganzen Bewegung kennen zu lernen.

In Nürnberg tagte am Sonntag unter dem Vorsitz des Bezirksleiters Merkel die außerordentliche Konferenz der Bauarbeiter für Nordbayern. Vertreten waren 20 Zweigvereine, denen

eine große Anzahl Vertragsgebiete angehören. Vom Zentralvorstand des Gesamtverbandes war Genosse Odenthal zugegen. Für etwaige weitere Tarifverhandlungen beauftragte die Konferenz ihre Vertreter für die Vereinerung der Stellung von Feuerungsbedienten, ganz besonders aber der unteren Staffel zu wirken, da, falls diese Staffel nicht befriedigt würde, die Bauarbeiter in Orten mit unter 5000 Einwohnern doppelt benachteiligt sein würden, indem erstens in diesen Orten die Stundenlöhne ohnedies niedriger sind und zweitens sich diese Orte in der Regel in der Umgebung von größeren Orten befinden, in welchen sich bekanntlich die Feuerung noch weit höherer macht als in der Stadt selbst.

Sollte jedoch die von den Unternehmern angebotene und scheinbar gewollte tariflose Zeit eintreten, so würden sich die Bauarbeiter Nordbayerns ihrer Haut zu wehren wissen, sofern die Unternehmer des Baugewerbes in deren angekündigten neuen Arbeitsordnung irgendwelche Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, ganz besonders eine Verlängerung der täglichen Arbeitszeit bezwecken sollen.

Ausland.

Internationale Solidarität in der Kriegszeit.

Die schweizerischen Lithographenbesitzer waren während der jüngsten Tarifvertragsbewegung bereits im Ausland auf den Streikbrecher ausgingen, aber mit dem wohlbedienten schweizerischen Arbeiter. In einer Wiener Zeitung wollte man durch Daalenstein u. Vogler Streikbrecher für die deutsche Schweiz einfangen lassen, die Seger weitererten sich aber, das Inserat zu setzen, und der österreichische Gewerkschaftsbund konnte seinem schweizerischen Bruderverband berichten, daß derartige Inserate nicht erscheinen werden. Zugleich wurde für den Fall des Streiks die Unterbringung von Kollegen aus der Schweiz in Oesterreich bei gutem Lohn offeriert.

Aus der Partei.

Was unter dem Burgfrieden möglich ist.

Im „Volkswillen“, dem hannoverschen Parteiblatt, finden wir nachstehendes Inserat:

„**Öffentlicher Vortrag**
des Dr. G. J. Dertel, Reichstagsabgeordneter aus Berlin, über
„Der Segen des Krieges“
am Sonntag, den 19. März, nachm. 5 1/2 Uhr pünktlich im
großen Saale des katholischen Vereinshauses in Hildesheim. —
Eintritt frei.“

Der Ausschuß der deutsch-hannoverschen, konservativen, nationalliberalen, sozialdemokratischen und Zentrums-Partei in Hildesheim.

Dr. Dertel ist der Chefredakteur des Organs des Bundes der Landwirte, der „Deutschen Tageszeitung“, in dessen Arme schon kürzlich der Genosse Haenisch flüchtete.

Zu dem Verhalten Haenischs bemerkt die rechtsstehende „Magdeburger Volksstimme“:

„Wir finden diese Erklärung des Genossen Haenisch so überflüssig wie nur möglich. Was hat es wohl für einen Zweck, im Parlament fraktionsdisziplin und Solidarität zu üben und dann außerhalb des Hauses Putschschriften an die — „Deutsche Tageszeitung“ zu richten? Diese Methode ist mindestens so schlimm, wenn nicht noch bösser als der offene Disziplinbruch im Reichstag. Es ist deshalb nötig, daß die Parteipresse Verwahrung einlegt gegen diese Art Erklärungen, bevor sie Gewohnheitsrecht erwerben. Es wird überhaupt in diesen Zeiten unglücklich viel überflüssiges Zeug zusammengeschrieben — von allen Seiten —, das nur geeignet ist, die gegenseitige Erbitterung der Parteigenossen noch mehr zu vertiefen.“

Die Lebenskraft der französischen Partei.

Aus Amsterdam schreibt man uns:
In der „Humanité“ vom 6. März veröffentlicht (wie wir bereits mitteilen. Die Redaktion des „Vorwärts“) der Sekretär der französischen sozialistischen Partei, Genosse Dubreuilh, einige interessante Ziffern über die Wirkung des Krieges auf die Parteiorganisation. Vor dem Kriege zählte die Partei in 83 Föderationen etwas über 2000 lokale Sektionen mit 75 312 Mitgliedern. Im

Jahre 1905 wurden von den Föderationen für 24 688 Karten bezogen und Beiträge gezahlt. Erwägt man die tiefen Läden, die durch die Mobilisation in die Mitgliedschaften gerissen wurden und besonders auch die Tatsache, daß die alten und mächtigen Parteizentren des Nordens teils zum okkupierten — das Norddepartement ganz — teils zum Kriegsgebiete gehören, so wird man die Genugtuung, womit Genosse Dubreuilh die Widerstandskraft der Parteiorganisation feststellt, berechtigt finden. Denkt man daran, daß das festgefugte Parteiwesen mit regelmäßiger Beitragsleistung in Frankreich eine verhältnismäßig neue Sache ist, so sind die von Dubreuilh gegebenen Ziffern für eine Periode, wo die Werbearbeit für die Partei so gut wie vollständig ruhte, ein Zeichen dafür, wie tief Wurzeln die sozialistische Partei im Lande gefaßt hat. Vorausgesetzt natürlich, daß der früher nicht ganz ausgereifte Mißbrauch, mehr Karten zu nehmen, als wirkliche Mitglieder vorhanden waren, bei manchen Organisationen nicht wieder allzuweh überhand genommen hat. Etwas auffallend ist, daß Genosse Dubreuilh angesichts der Ziffern, die man doch wohl eben nur im Hinblick auf die außerordentlichen Umstände als befriedigend bezeichnen kann, in einen solchen Optimismus gerät, daß er seinen Artikel „La poussée Socialiste“ — „Der Vorstoß des Sozialismus“ — betitelt. Folgerungen aus einzelnen Erscheinungen der Kriegszeit zu ziehen, scheint uns etwas voreilig. Dubreuilh hebt hervor, daß an 1500 Parteisektionen in Tätigkeit und alle 83 Föderationen noch vorhanden sind, da für die okkupierten Gegenden die Föderationen von den Flüchtlingen und den evakuierten Bewohnern rekonstituiert worden sind. Bekanntlich werden diese Rekonstruktionen, die sich bei den Abstimmungen in den Nationalratswahlen und auf dem Weihnachtskongress als gute Stützen der Politik des „Kriegs bis ans Ende“ erwiesen haben, sehr verschieden beurteilt. Es gibt Genossen, die der Meinung sind, daß man das Departement so wenig an den Fäden mitnehmen könne, wie nach Dantons Wort das Vaterland. Die Meinung aber, daß eine sozialistische Welle durchs Land gehe, schöpft Dubreuilh aus der privaten Beobachtung, daß das Vertrauen auf die künftige Herrschaft des Sozialismus oft bei Leuten, die der Organisation fernstehen, noch größer sei als bei den Parteigenossen selbst. Vorsichtiger wäre es wohl abzuwarten, was die neuen Freunde sagen werden, wenn die sozialistische Partei nach den mancherlei Wirrungen und gefährlichen Liebchäften der Kriegspolitik wieder daran geht, sozialistische Politik zu machen.

Eingegangene Druckschriften.

Europa aus der Vogelpersicht. Politische Geographie, Vergangenheit und Zukunft. Von H. v. Beez. 3 Kr. Rant-Berlag, Wien und Leipzig.
Repetitorium der Schweizerischen Volkswirtschaft. Von Dr. A. Siegfried. 3 Bde., geb. 3,50 M. — Der arabische Orient und der Krieg. Von Dr. A. W. Bachman. 1 M. Art. Institut Drell Jäger, Jülich.
Geschichtliche Entwicklung der Berliner Elektrizitätswerke. Von E. Matkosh. 24 S. J. Springer, Berlin W 9.
Die Seele des Orients. Von B. Haas. 1 M., geb. 1,50 M. — Der französische und der deutsche Geist. Von R. Kögel. Pappband 1,50 M. — Die slawische Volksseele. Von R. Kögel und A. Barwinski. Pappband 1,50 M. E. Dieberichs, Jena.
Der deutsche Mensch. Von L. Jiegler. — Deutsche Zukunft. Von E. Troelsh. — Das amerikanische Gesicht. Von A. Hollischer. — Oesterreich und der Mensch. Von R. Müller. — (Samml. von Schriften z. Zeitgesch.) Jeder Band geb. 1 M. — E. Fischer, Berlin, Bülowstraße 90.
Kafernen-Austria. Von J. Herd. 20 Pf. Hesse u. Becker, Leipzig.
Wie wir unser Eiserne Kreuz erwarben. Teil 2. Selbstveröffentlichung bearbeitet von F. Freiberger v. Dindlage-Campe. Erscheint in 20 Heften zu je 50 Pf. Bong u. Co., Berlin W 57.
Vier Monate mit Wladimir. Von E. Berghaus. 1 M. J. Hoffmann, Stuttgart.
Die Kinder von Gedenbaum. Roman von Marie Diers. (Kronen-Bücher) 1 M. Kronen-Verlag, Berlin SW 68.
Der deutsche Krieg. Teil 74: Kriegskosten und Deckung. Von L. Herz. — Teil 75: Der Vierbund und das neue europäische orientalische Weltbild. Von Dr. Frey, v. Raday. Einzelheft 50 Pf. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart.
Die Verwertung der Rachenabfälle. Von P. Schöpe. 75 Pf. Selbstverlag in Johannisthal bei Berlin.

Deutsches Theater.
Direktion: Max Reinhardt.
7 1/2 Uhr: Faust I.
Donnerst.: Ein Sommernachtstraum.
(In der Neueinstudierung.)
Kammerspiele.
8 Uhr: Der eingebildete Kranke.
Hierauf: Ballett.
Donnerst.: Der Weibsteufel.
Volksbühne. Theater a. Bülowpl.
8 1/2 Uhr: Doppelselbstmord.

Dir. Meinhard-Bernauer.
Theater i. d. Königgrätzerstraße
7 1/2 Uhr: Götz v. Berlichingen.
Komödienhaus
8 1/2 Uhr: Das Mädchen aus der Fremde.
Berliner Theat.
8 Uhr: Wenn zwei Hochzeit machen.

Theater für Mittwoch, den 22. März.

Deutsches Opernhaus Charlottb.
8 Uhr: Dame Kobold.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
8 Uhr: Das Dreimäderlhaus.
Gabr. **Merrfeld**-Theater
8 Uhr: Sokrates und Perlmutter.
Kleines Theater.
8 Uhr: Logierbesuch.
Komische Oper.
8 Uhr: Jung muß man sein.
Lustspielhaus.
8 1/2 Uhr: Der Gatte des Fräuleins.
Metropol-Theater
8 Uhr: Die Kaiserin (Maria Theresia).
Montis Operetten-Theater
8 Uhr: Der Sterngeucker.

Lessing-Theater.
Direktion: Victor Barnowsky.
8 Uhr: Die gutgeschchnittene Ecke.
(Albert Bassermann).
Donnerst.: Die gutgeschchnittene Ecke.
Deutsch. Künstler-Theater.
Allabendlich 8 Uhr:
Die seltsame Exzellenz.

URANIA
Taubenstr. 48/49.
8 Uhr:
Aegypten, der Suezkanal
und der Weltkrieg.

Residenz-Theater

8 1/2 Uhr: Loge No. 7 m. Henry Bender.
Schiller-Theater O.
8 Uhr: Das Lumpengesindel.
Schiller-Th. Charlottenbg.
8 Uhr: Romeo und Julia.
Thalia-Theater.
8 Uhr: Blondinchen.
Theater am Nollendorfpl.
8 1/2 Uhr: Die lustig. Weiber v. Windsor.
8 1/2 Uhr: Immer feste druff!
Theater des Westens
8 Uhr: Das Fräulein vom Amt.
mit Guido Thielscher.
Trianon-Theater.
8 1/2 Uhr: Verheiratete Junggesellen.

Luisen-Theater
8 1/2 u. Freitag, Sonnabend, Sonntag:
Charlotte Klinger.

Walhalla-Theater.
4 Uhr nachm.: Rotkäppchen.
8 Uhr abends:
„Es gibt nur ein Berlin.“
Rose-Theater.
8 Uhr: Mutter Road.
Sonnabend nachm.: Aschenbrödel.

WINTERGARTEN
Große Vorstellung!
Operette
Spezialitäten
Kino.

Frühjahrspreise
(wochentags inkl. Steuer):
Parkett-Pant. 1.-3. Reihe 4.—
4.— 3.—
5.— 2.—
Parkett 2.— M.
Reservierter Platz . . . 1.50
Eintritt 1.—
. 0.60

Admiralspalast
Eis-Arena
Großes
Eis-Ballett.
1/2, 9 Uhr. 2, 3, 4 M
Vorzügliche Küche!
Heute
Nachmittags-Konzert
in der Eis-Arena.
Eintritt M. 1.50.

Circus Busch
Täglich 8, Sonntags 8 1/2, u. 8 Uhr:
2000 Pfd. (schwer) belg. Arbeitspferd
Goliatz i. d. hoh. Schul. ger. v. Vatoni.
Elwino in seinen ungläublichen
Entfesselungs-Produktionen!
4 Renellos, am Voltred.
Elise Martons, der lebende Pfeller!
3 Jainezicks, Hölmlaufakrobaten.
Nur noch kurze Zeit: Das lo-
spielloste Erfolg erzielte und noch
immer beliebte **Mysterienpiel**
Ein Wintermärchen!
Freitag, 24. 3.: Wohltätigk.-Vorst.
zugunst. d. i. Heide steh. „Franzoi“.

Voigt-Theater.
Badstr. 58. Badstr. 58.
Rittwoch, den 22. März 1916:
Genoveva.
Trauerspiel in fünf Aufzügen von
Dr. E. Haupt.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum 147. Male:
„Die von der
Emden.“
Für Militärper-
sonen freier
Eintritt zu den
Stett. Sängern.
Anfang 8 Uhr.

Palast
Täglich 8, Sonntags 8 1/2, u. 8 Uhr.
Voller Erfolg
des Riesen-März-Programms.
Olga Desmond
in ihr. Neuheit: Ein Geigentraum.
Bernhard Hörbitz
der berühmte Komiker.
Lene Land.
die popul. Parod. u. d. übrigen
Schlager. 12 erstkl. Nummern.
Reuters Werke
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Possen-Theater
Linienstraße, a. d. Friedrichstr.
8 1/2.
Kobis Abenteuer
Der große Augenblick
mit Leonhard Hasel
und Siegfried Borisch

Casino-Theater
Lothringstr. 37. Tägl. 8 Uhr
Neu!
Das erste Volksstück
in dieser Spielzeit!
Die Vogelscheuche.
Dazu das große Märzprogramm.
Sonntag 4 Uhr: Sein Patent.

Metalbetten
Holzrahmenmattagen, Kinderbetten,
billig an Privat. Katalog frei.
Eisenmöbelfabrik Eubi I. Thür.

Pflanz Obstbäume!
Apfel, Birnen, prächtige Hoch-
stämme, Baum-Preis 1,50 M. Stachel-,
Johannisbeerstämme 1,25 M.
E. Boese & Co., G. m. b. H.
Samen u. Pflanzen, Landbegerstr. 66.

**Mein Haarausfall hat
vollkommen aufgehört!**
Es grenzt an das Wunderbare!
Seit Jahren gingen mir diese
Strähnen aus, und das wenige
haar war ganz dünn. Da
hörte ich von Ihrem Haar-
strahnmesser und nach kurzem
Gebrauch zeigte sich neues
Wachstum. Berlin, Lübb-
Schw. . . . Reichs Haar-
Krautwässer Blaise 2.50.
Spezialkur für „Die ratione-
nelle Haarpflege“ kostenfrei.
Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Jogal
Bei Schmerzen in den Ge-
lenken und Gliedern sind
Jogal-Tabletten unübertroffen.
Kreide rühmen die zuverlässige Wirkung.
In Apotheken zu M. 1.40 und M. 3.50.

Möbel-Gross
141 Große Frankfurter Straße 141
(Ecke Fruchtstraße, 5 Minuten v. Schles. Bahnh.)
Möbel auf Teilzahlung
zu sehr billig. Preisen u. klein. Abzahlung.
Größte Rücksicht bei Arbeitslosigkeit und Krankheit.
Inserat mitbringen. Wert 5 M.
Sonntags 12-2 geöffnet

Teppich-Engros-Haus
Verkauf zu vorteilhaften Preisen wegen
Vergrößerung und Umbau unserer Räume
Teppiche, Dekorationen, Tisch- und Diwanddecken
Einzelverkauf
Gladitz & Königsfeld, Berlin, Potsdamer Str. 97 I.
Zweites Haus vom Hochbahnhof Bülowstraße.

Berliner Konzerthaus.
Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90/91.
Täglich: **Großes Konzert.**
Berliner Konzerthaus-Orchester
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf. Anfang 8 Uhr.
Freitag, den 24. März:
Großes Konzert
zum Besten des im Felde stehenden 7. Garde-Infanterie-Regiments.
Berantw. Redakt.: Alfred Bielew, Reutbahn. Inz. z. Anteil veranm. Ed. Wiede, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag, u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsbl.

Russische Enthüllungen über Griechenlands Politik.

Die Petersburger „Reich“ bringt in ihrer Nummer vom 2. März einen Bericht ihres Pariser Berichterstatters G. Dmitrijew, der in russischen politischen Kreisen großes Aufsehen erregt hat und in der Presse viel besprochen wird. Der Bericht lautet:

„Aus hoch autoritativer diplomatischer Quelle hat man mir zur Veröffentlichung der Einzelheiten eines Vorganges mitgeteilt, der sich auf den Anfang des Krieges bezieht und noch heute die gesamte Balkanpolitik des Vierverbandes beeinflusst. Alle Schanzen des letzteren: die Inkonsequenz Londons, die Unschlüssigkeit von Paris, der Absentismus Roms finden ihre ausreichende Erklärung in diesem Vorgang.“

Es erweist sich, daß der hellenische König lange vor dem bulgarischen Verrat an den Schutzmächten seines Landes verrät geübt und sich den Oesterreichern und Deutschen verkauft hat. Was die Diplomatie und das Publikum früher nur vermuten konnten, ist jetzt urkundlich festgestellt.

Wir können es dem „König Konstantin“ persönlich verdanken, daß die „Breslau“ und der „Goeben“ ins Schwarze Meer gelangten und jetzt in Vostoprus liegen.

Der frühere Premierminister Venizelos trug in den ersten Tagen des August 1914 England und Frankreich die Dienste Griechenlands an. Der britische Admiral im östlichen Teil des Mittelmeeres beschloß, von diesem Antrag Gebrauch zu machen, als die zwei deutschen Schiffe nach dem Bombardement der algerischen Häfen in Messina Zuflucht suchten. Es war notwendig, ihnen den Weg zu versperren, sobald sie nach Ablauf der geforderten Frist den Hafen verlassen sollten. (Italien hielt damals bekanntlich noch strenge Neutralität ein.) Das östliche Becken des Mittelmeeres war seiner Breite nach in Sektoren geteilt. Der südliche wurde der französischen Eskadre, der mittlere der britischen und der nördliche der griechischen übergeben. Die Aufgabe der letzteren war eine ausschließlich wachhabende. Ein griechischer Kreuzer mit Torpedobooten konnte die deutschen Schiffe nicht anhalten und hätte dazu auch nicht das Recht gehabt. Die griechischen Schiffe sollten jedoch den griechischen Admiral durch drahtlose Telegraphie von der Annäherung der deutschen Schiffe benachrichtigen und die verbündeten Eskadren hätten diese dann einholen und mit ihnen in den Kampf treten können. Der Chef der griechischen Flotte, Admiral Kounduriotis, befehligte persönlich die Operationen zum Schutze des Ionischen Meeres.

Kounduriotis übernahm diesen Auftrag, erklärte jedoch auf Befehl des Königs Konstantin dem Ministerpräsidenten Venizelos, er ziehe es vor, die Ergebnisse seiner Beobachtung ihm, dem Haupt der Regierung, zu melden, anstatt einem ausländischen Admiral. Venizelos willigte ein. Bei der drahtlosen Telegraphie würde die Uebergabe der erhaltenen Mitteilungen an den englischen Admiral nur einige Minuten erfordern haben.

Allein der britische Admiral erhielt keine Nachricht. Es stellte sich bald heraus, daß die „Breslau“ und „Goeben“ durch das Ionische Meer in das Ägäische Meer und von dort in die Dardanellen durchgeschlüpft waren. Die Engländer und Franzosen hätten sie sicher bemerkt. Folglich hatten die Griechen sie schweigend durchgelassen. Venizelos hatte von Kounduriotis kein Radiogramm erhalten.

König Konstantin hatte ihm befohlen, die Annäherung der deutschen Schiffe nicht an das Marineministerium und nicht an das Ministerium des Auswärtigen, sondern ausschließlich an das königliche Palais zu melden. Der König erhielt das Telegramm, stellte es in die Tasche und übergab es Venizelos erst, als die deutschen Seeleute in Sicherheit waren. Venizelos hatte nicht das Recht, seinen König des Verrats zu überführen und mußte noch persönlich den griechischen Admiral rechtfertigen.

Jetzt glauben natürlich die Verbandsmächte dem König nicht ein Wort; auch der bulgarische Zar hatte bis zum letzten Augenblick hoch und teuer geschworen, daß er sich nicht erlauben werde, gegen Rußland zu marschieren. Die Verbandsmächte wagten selber nicht, eine Kampagne auf dem Balkan zu unternehmen, aus Furcht vor einem griechischen Angriff im Rücken. Gegenwärtig fordern sie, indem sie sich für den feindlichen Angriff auf die Stellungen vor Saloniki vorbereiten, die Demobilisierung Griechenlands. Konstantin gibt nach, aber äußerst ungerne und langsam. Die Verbündeten sind genötigt, einen starken Druck auf ihn auszuüben. Sie haben ein erprobtes Mittel in ihren Händen: die Blockade.

Es besteht kein Zweifel, daß Konstantin es vorziehen würde, im Verein mit den Bulgaren und Oesterreichern an der neuen Aufteilung der Balkanhalbinsel teilzunehmen, anstatt im Rücken der Verbündeten die Rolle eines Zuschauers zu spielen. Ihn hält bloß der Gedanke zurück, daß die Verbündeten in der Lage sind, alle seine Hafenstädte zu gefährden, ehe der deutsche Kaiser ihm zu Hilfe eilen könnte.

Griechenland kann in jedem beliebigen Augenblick auf neue Verrat üben. Es ist deshalb notwendig, seine Demobilisierung eilig zu Ende zu führen.“

Welchen Widerhall diese sensationelle Mitteilung Dmitrijews in der russischen Presse gefunden hat, geht aus dem Leitartikel der „Reich“ in der Nummer vom 4. März hervor. Nach einer kurzen Wiedergabe des Pariser Berichts bemerkt das Blatt:

„Der von unserem Korrespondenten geschilderte Vorgang bezieht sich auf die Periode der „alten Geschichte“ des großen Krieges und wahrscheinlich haben viele Leser in ihm hauptsächlich die Platonerie der historischen Anekdote geschaut. Allein einige neu hinzutretende Umstände machen diesen Bericht gerade jetzt höchst aktuell. Es ist wohl niemandes Aufmerksamkeit entgangen, daß in der Politik der offiziellen und namentlich der Koffreie Griechenlands gegenüber den Verbandsmächten neuerdings eine Schwankung eingetreten ist. In dem Maße, wie sich für Deutschland die Schwierigkeit herausstellt, die Balkanoperation in früherem Maßstabe fortzusetzen, während die Aussichten der Entente im nahen Orient sich dank den glänzenden Erfolgen der Kaukasusarmee verbessern, erinnert man sich in Athen immer häufiger und lieber daran, was Griechenland Rußland, England und Frankreich zu verdanken hat. König Konstantin läßt buchstäblich keinen Zeitungskorrespondenten vorüber, ohne seinen Gefühlen zu den Mächten, deren Bemühungen das unabhängige Griechenland geschaffen haben, in den erganztesten Worten Ausdruck zu geben. Wie sonderbar das auch erscheinen mag, finden diese häuslichen Erklärungen offenbar ein gewisses Jutrauen, und noch kürzlich haben einige Ententeblätter den im „Temp“ veröffentlichten umfangreichen und ungeschickten Brief des Thronfolgers Nikolai zustimmend kommentiert. Die Enthüllungen unseres Pariser Korrespondenten sind gerade zur rechten Zeit erschienen, um die wirkliche Wahrheit aufzudecken und den inneren Wert der Gefühle, Absich-

ten und Worte der Vertreter der griechischen Königsfamilie erkennen zu lassen.“

Soweit der hiehere Leitartikel der „Reich“, der in seinem Eifer, dem Ministerium des Reichens zu dienen, die Kleinigkeit übersehen hat, seine Belehrung an die Adresse der französischen Regierungskreise schon deshalb deplaziert ist, weil die Mitteilung seines Korrespondenten — aus Paris stammt und deshalb den französischen Regierungskreisen kaum unbekannt ist. Jedenfalls ist es recht symptomatisch, in wie maßloser Weise von liberaler russischer Seite der Erfolg der Kaukasusarmee übertrieben wird, und in welchem Maße die russische Presse jetzt das Recht für sich in Anspruch nimmt, der jedenfalls weitwichtigeren und klügeren Politik der Ententegenossen in der köpffichsten Weise Belehrungen zu erteilen. (z)

Abgeordnetenhaus.

81. Sitzung, Dienstag, den 21. März, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Frhr. v. Schorlemer, Dr. Lenz. Zunächst wird das Fischereigesetz in zweiter Lesung auf Antrag des Abg. Frhr. v. Maljahn (L.) en bloc einstimmig angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes über die Erhöhung der Steuerzuschläge.

Es werden danach die Steuerzuschläge für Einkommen über 2400 M. und bei der Ergänzungssteuer um Beiträge erhöht, die von 8 Proz. bis 100 Proz. bei der Einkommensteuer steigen und bei der Ergänzungssteuer 50 Proz. der zu entrichtenden Steuer ausmachen. Die Kommission hat die Geltung dieses Gesetzes auf ein Jahr beschränkt.

Die Kommission beantragt ferner folgende Resolutionen:

- 1. auf Freilassung von Aktiengewinnen von über 8 1/2 Proz. bei der angelegten Neugestaltung des Steuerwesens für solche Aktiendepositar, die mit mindestens 1/2 an der betreffenden Gesellschaft, die ohnehin Steuern zahlt, beteiligt sind.
- 2. Die Regierung soll im Bundesrat dahin wirken, daß das Reich jeden weiteren Eingriff auf dem Gebiete der direkten Besteuerung vermeide und so den Bundesstaaten die Möglichkeit, ihre Kulturaufgaben zu erfüllen, ungehindert erhalten bleibe.
- 3. auf Bestellung hauptamtlicher Veranlagungskommissare in Veranlagungsbezirken mit weniger einfachen Verhältnissen.
- 4. auf Vorlegung einer Reform des Kommunalabgabengesetzes gleich nach dem Kriege.

Eine Resolution Dr. Friedberg (natl.) ersucht die Regierung, im Bundesrat darauf hinzuwirken, daß durch Reichsgesetz eine feste Abgrenzung zwischen dem Reich und den Einzelstaaten in Beziehung auf Steuern und Abgaben erfolgt.

Die Abgg. Vorich (Z.) u. Gen. wünschen Ausbau des Kinderprivilegs bei der kommenden Steuerrevision.

Die Abgg. Braun (Soz.) u. Gen. beantragen, die Einkommen bis 6500 M. in diesem Gesetz frei zu lassen und wünschen eine Erhöhung der Steuerzuschläge bei der Einkommensteuer für die Aktiengesellschaften bis auf 180 Proz., für die sonstigen Steuerpflichtigen auf 125 Proz. und bei der Ergänzungssteuer auf 75 Proz. der zu entrichtenden Steuer.

Ferner beantragen die Sozialdemokraten eine Resolution, bei der Neugestaltung des Einkommensteuergesetzes darauf Bedacht zu nehmen, daß

- 1. die Grenze des steuerfreien Einkommens heraufgerückt,
- 2. der so entfallende Einnahmeausfall durch eine stärkere Heranziehung der Einkommen über 100 000 M. wettgemacht,
- 3. die Selbststeinkämpfung für alle Steuerpflichtigen festgelegt wird.

Abg. v. Haffel (L.):

Wir stimmen den Kommissionsbeschlüssen zu. Die Sozialdemokraten, die alle Kriegslasten im Reich durch direkte Besteuerung ausbringen wollen, vergessen, daß eine zu weit getriebene direkte Besteuerung die Bildung von Kapital verhindert, damit die Industrie lahmlegt und so die Arbeiter am meisten schädigt. Diesen Standpunkt hat auch der Sozialdemokrat Kolb vertreten. (Hört! hört! rechts.) Es fragt sich, ob mit dem uns vorliegenden Steuergesetz in Verbindung mit den direkten Steuern der Kommunen die Grenze, bei deren Ueberschreitung die Kapitalbildung verhindert wird, nicht schon erreicht ist. (Sehr richtig! rechts.) — Der Antrag der Kommission, der dort auf unseren Antrag hin angenommen worden ist und der wünscht, daß das Reich jeden weiteren Eingriff auf dem Gebiete der direkten Besteuerung vermeide, soll eine Warnung an die sein, die es angeht. Ich bitte, ihm einstimmig zuzustimmen. (Bravo! rechts.)

Abg. Zimmer (Z.):

Auch wir werden im Interesse der Aufrechterhaltung einer geordneten Finanzwirtschaft der Vorlage zustimmen. Der Antrag Braun, die Einkommen bis 6500 M. frei zu lassen von der Erhöhung, geht uns zu weit, und ebenso die Erhöhung der Zuschläge auf über 100 Proz. — Das Kinderprivileg hätte viel weiter ausgebaut werden sollen, darauf müßten wir gerade bei der jetzigen Teuerung den Hauptwert legen. Das ist auch ein Mittel, um dem Geburtenrückgang zu steuern. Der Resolution der Kommission über die direkte Besteuerung des Reiches stimmen wir zu. Erreulicherweise hat ja auch der Reichschatzsekretär eine weitere direkte Besteuerung durch das Reich für ausgeschlossen erklärt. Der Antrag der Nationalliberalen hingegen erscheint uns nicht durchführbar. Die Anträge Braun lehnen wir erst recht als zu weitgehend ab.

Abg. Dr. Friedberg (natl.):

Mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse, in denen wir leben, werden auch meine Freunde der Vorlage zustimmen. Allerdings geht die Besteuerung reichlich weit. Besonders die Aktiengesellschaften werden davon schwer betroffen. Unser Antrag, dem entgegenzuwirken, ist leider in der Kommission nicht angenommen worden, man hat sich auf eine Resolution in dieser Richtung für die Zukunft beschränkt. Sehr wichtig ist auch, daß an die Spitze der Veranlagungskommissionen Sachleute kommen, damit die Veranlagung nach einheitlichen Grundbüssen erfolgt. (Sehr richtig!) Leider war auch diese Verbesserung nicht in diesem Gesetz durchzuführen. — Redner bekräftigt des weiteren seinen Antrag.

Finanzminister Dr. Lenz:

Die Begrenzung des Gesetzes auf ein Jahr halte ich nach wie vor nicht für richtig. Denn die kommenden Jahre werden sicher auch mit Fehlerräten abklingen und es ist nicht angenehm, jedes Jahr mit neuen Steuererhöhungen zu kommen. Aber ich muß mich mit der Begrenzung auf ein Jahr bescheiden. Die Hauptfrage ist ja, daß die 100 Millionen bewilligt werden. — Bei Annahme des sozialdemokratischen Antrages würden 96,78 Proz. der Steuerpflichtigen nicht von der Steuererhöhung berührt. Durch das Gesetz werden schon 84 Proz. freigelassen. Aber das genügt natürlich den Herren nicht. Es bin überzeugt, das Gesetz hätte formuliert werden können wie er wollte, er wäre doch durch einen Antrag der Sozialdemokraten übertrumpft worden. Ich bin immerhin erstaunt, daß die Herren auch bei einem so sozialen Gesetz wieder mit weitergehenden Anträgen kommen. Die Erhöhung der Zuschläge muß eine gewisse Grenze finden, wenn die Steuer nicht als Erdrosselungssteuer wirken soll. Das wäre der Fall, wenn man, wie der Antrag Braun will, noch über 100 Prozent Zuschlag hinausgehen wollte.

Die Frage der Erschließung neuer Steuerquellen für die Kommunen ist sehr schwierig, aber sie muß doch im Hinblick auf die schwierige Lage der Kommunen sehr reichlich erwogen werden. Mit Rücksicht auf die Kommunen ist auch eine weitgehende Durchführung des Kinderprivilegs, der ich an sich sehr sympathisch gegenüberstehe, schwierig. Also das Gesetz ist ein Provisorium. Hoffentlich gelingt es nach dem Kriege ein Gesetz zustande zu bringen, das alle Wünsche befriedigt. (Beifall.)

Abg. Gaffel (Sp.):

Eine Folge des Gesetzes wird sein, daß viele Tochtergesellschaften von Aktiengesellschaften aufgelöst werden. Dadurch entgehen den betreffenden Kommunen wieder große Einnahmen. — Der Resolution der Kommission gegen die direkte Besteuerung durch das Reich können wir nicht zustimmen, dagegen sind wir für eine Abgrenzung der direkten Besteuerung im Reich und in den Einzelstaaten. Die hauptamtlichen Veranlagungskommissare wären sehr wünschenswert auch im Interesse des Staates selbst. (Sehr richtig! links.) Die Mängel der jetzigen Einschätzungen hat der Finanzminister selbst schon vor 4 Jahren anerkannt. (Hört! hört! links.) Da inzwischen eine Besserung in diesen Verhältnissen eingetreten ist, ist sehr wenig wahrscheinlich, vor allem im Hinblick auf die Arbeitsüberlastung der Landräte, die deshalb vielfach die Einschätzung untergeordneter Organe überlassen. Viele Landräte sind selbst dafür, daß ihnen die Aufgabe abgenommen wird. In all den Fällen, wo hauptamtliche Veranlagungskommissare angefleht sind, hat sich sofort eine Erhöhung der eingegangenen Steuern ergeben. (Hört! hört!) Durch eine richtige Steuereinschätzung könnte mindestens die Hälfte der Summe, die hier aufgebracht werden soll, schon bei den jetzigen Steuerjahren für den Staat hereingebracht werden. (Hört! hört! links.) Den Antrag Braun können auch wir nicht verfechten; da stimme ich dem Minister ganz zu. Dagegen werden wir für die Resolution Braun stimmen. Als Ergänzung müßten wir die Aufhebung des § 23 des Einkommensteuergesetzes verlangen, der die Arbeitgeber verpflichtet, das Einkommen ihrer Angestellten anzugeben. (Sehr richtig! links.) Eine Reform des Kommunalabgabengesetzes ist dringend notwendig.

Finanzminister Dr. Lenz:

betont gegenüber einer Anfrage des Vorredners, daß an den bisherigen Wählern durch die Erhöhung der Steuerzuschläge nichts geändert werde.

Abg. Hirsch (Soz.):

Wenn es zur Deckung des vorhandenen Defizits nur die beiden Möglichkeiten gäbe, eine neue Defizitalleihe aufzunehmen oder die Steuerzuschläge zu erhöhen, so würden wir den Weg der Steuerzuschläge der Defizitalleihe vorziehen. Es fragt sich aber, ob es nicht noch einen dritten Weg gäbe, um das Defizit zu decken. In der Kommission ist er auch bereits angedeutet worden. Es können durch Streichung gewisser Etatspositionen noch viele Millionen gewonnen werden. Dabei denken wir an die Positionen, die angeblich zur Förderung der Jugendberziehung, in Wirklichkeit aber zur Bekämpfung der sozialdemokratischen Jugendorganisation trotz des Burgfriedens dienen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ferner an die bekannten Ausgaben für Wehremfonds im Interesse der Polizei, an die Kampfforderungen gegen die baltische und polnische Bevölkerung. Solange solche Positionen nicht aus dem Etat gestrichen sind, wird es sich eine Partei, die auf dem Boden der Gleichberechtigung aller Staatsbürger steht, doppelt und dreifach überlegen müssen, ob sie den neuen Steuern ihre Zustimmung geben kann. Im übrigen haben wir keine Veranlassung, bereits im gegenwärtigen Zeitpunkt der Verhandlungen unsere endgültige Stellungnahme zur Vorlage festzulegen. Wenn wir eine wirkliche Reform vorgelegt bekommen hätten, wäre es zweifellos möglich gewesen, die Kinderbemittelten mehr als bisher von der Steuerpflicht zu entlasten, und vor allem den Gemeinden Mittel und Wege an die Hand zu geben. Es ist dringend notwendig, daß unmittelbar nach Beendigung des Krieges eine Novelle zum Kommunalabgabengesetz dem Landtag unterbreitet wird. (Sehr richtig!) Gegenüber unserem Antrag, die Einkommen unter 6500 M. von den neuen Steuerzuschlägen freizulassen, kam der Minister mit dem Argument, wir hätten den Antrag nicht aus sachlichen Gründen, sondern aus agitatorischen Gründen gestellt. Ich hätte gedacht, daß wenigstens in einer Zeit, wo angeblich Burgfriede herrscht, vom Regierungstisch herartige verfechtete Angriffe gegen uns nicht erfolgen können. Selbstverständlich haben wir das Recht, zu jeder Vorlage der Regierung Änderungsanträge einzubringen, das werden wir uns niemals nehmen lassen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sachlich ist unser Antrag vollumfänglich begründet. Sein finanzieller Effekt spielt für die Regierung keine Rolle. Der Minister hat selbst ausgeführt, daß die neuen Zuschläge für die Einkommen bis 6500 M. noch nicht einmal zwei Millionen einbringen. Im übrigen haben wir auch den Weg angegeben, wie der Ausfall wieder eingebracht werden kann, nämlich dadurch, daß mit der Progression nicht halt gemacht wird bei den Einkommen von 100 000 M. Wir beantragen 125 Prozent Zuschlag bei den Einkommen von 200 000 M. Das sind 9 Prozent, und wenn bei 100 000 M. 8 Prozent erhoben werden, so ist 9 Prozent bei 200 000 M. wahrhaftig nicht zuviel. Der Minister hat von der ersichtlichen Wirkung des Steuerzählens gesprochen. Nun, diese erhebliche Wirkung bekommt heute schon jeder Staatsbürger in reichlichem Maße zu kosten. Wir dürfen doch nicht vergessen, in wie hohem Maße die preussischen Staatsbürger mit indirekten Reichssteuern belastet sind. Gerade der jetzige Zeitpunkt ist der denkbar ungeeignete, um die kleinen und mittleren Einkommen noch weiter zu belasten. Und gerade vom Standpunkte der Herren aus, die sich fortgesetzt als Freunde des Mittelstandes aufspielen, ist der Widerstand gegen unseren Antrag unbegrifflich. Mit seiner Versicherung, daß je höher die Produktion ist, desto mehr die Sucht zur Steuerhinterziehung zutage treten werde, hat der Finanzminister gewissen Kreisen der Westenden gerade kein schmeichelhaftes Zeugnis ausgestellt. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Gerade das Herrenhaus müßte sich bereit erklären, dafür zu sorgen, daß die besitzenden Kreise entsprechend Opfer bringen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Unsere Wünsche bezüglich der zu erwartenden Reform haben wir in einem Antrag niedergelegt, der selbstverständlich nicht erscheidend ist. Der Wunsch auf Herausfindung der Grenze des steuerfreien Einkommens ist durchaus berechtigt. Wenn die Regierung im Jahre 1888 die Einkommen bis zu 1200 M. freilassen wollte, dann ist es angesichts des gesunkenen Geldwertes wirklich nicht zu viel verlangt, wenn man heute mit der Grenze auf mindestens 1500 M. hinaufgeht. Der durch Annahme unseres Antrages entstehende Ausfall von Steuern könnte entweder gedeckt werden durch eine stärkere Progression bei den hohen Einkommen und bei den Vermögenden oder aber durch eine gerechtere Heranziehung aller Einkommen und Vermögenden zur Steuer. Dies wird am besten erreicht, wenn man den Landräten die Veranlagungsgeschäfte abnimmt und besondere Steuerkommissare im Hauptamt anstellt, aber nicht nur in Gegenden mit schwierigen Verhältnissen, sondern ganz allgemein. (Sehr richtig! links.) Eine große Ungerechtigkeit bedeutet der § 23, dessen Aufhebung wir beantragen, und durch den die Arbeiterklasse prozentual weit höher belastet wird, als alle übrigen Schichten der Bevölkerung. Für einen weiteren Ausbau des Kinderprivilegs sind wir selbstverständlich zu haben. Wenn der Finanzminister gegen den Antrag ins Feld führt, daß dadurch den Kommunen Einnahmequellen genommen würden, so vergißt er, daß wir gleichzeitig eine durchgreifende Reform des Kommunalabgabengesetzes verlangen. Der Minister hat mit seinen früheren Vorschlägen wenig Glück gehabt. Das liegt vielleicht daran, weil sie verhältnismäßig vernünftig waren und deshalb keine Aussicht auf Annahme hatten. (Beifall und sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Offentlich werden aber die Herren, die sich früher den Vor schlägen der Regie-

...ung widerlegt haben, durch die Erfahrungen des Krieges davon Be-
...lehrt zeigen, daß es unbedingt notwendig ist, den Gemeinden zu
...helfen. (Sehr richtig! links.)

Für die Resolutionen, die sich gegen die Erschließung neuer Ein-
...nahmequellen für das Reich durch direkte Besteuerung von Vermögen
...oder Einkommen wenden, können wir nicht stimmen. Wenn im
...bahrischen Landtag eine solche Resolution angenommen ist, so be-
...weist das nicht, daß sie gut ist. Wir werden sie genau so wie meine
...Freunde im bahrischen Landtag ablehnen, denn wir erblicken darin
...einen erneuten Versuch, das Reich auf den Weg der indirekten Be-
...steuerung zu drängen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)
...Derr v. Haspel hat auch seinen Zweifel darüber gelassen, daß das die
...Absicht der Antragsteller ist. Herr v. Haspel hat sich auf einen Ar-
...tikel meines Parteifreundes Kolb bezogen. Wenn Kolb schreibt:
...„Indirekte Reichsteuern sind für das Reich jetzt absolut unentbehr-
...lich, die Forderung, alle indirekten Steuern aufzuheben und durch
...direkte zu ersetzen, ist eine Utopie“, so ist das die Ansicht eines
...einzelnen Sozialdemokraten. (Sehr wahr! bei den Sozialdem.)
...Die sozialdemokratische Landtagsfraktion ist jedenfalls vollständig
...einmütig darin, daß wir indirekte Steuern entsprechend dem Erfurter
...Parteiprogramm abzulehnen haben. (Sehr richtig! bei den Sozial-
...demokraten.) Nicht Äußerungen einzelner Sozialdemokraten, son-
...dern allein das Programm, auf Grund dessen wir
...gewählt sind, ist für uns maßgebend. (Sehr wahr!
...bei den Sozialdemokraten.) Wir fordern gerade im Gegensatz zu
...der Resolution der Kommission einen Ausbau der direkten Steuern
...auch durch das Reich, weil wir die direkten Steuern für die einzig
...und allein gerechten halten. Und daß das Reich die Möglichkeit hat,
...die direkten Steuern noch erheblicher auszubauen, wird Ihnen
...hoffentlich klar werden durch die Anträge, die meine Freunde im
...Reichstag zu den dort jetzt zur Beratung stehenden Steuer-
...vorlagen stellen werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)
...Man hat gesagt, durch zu hohe direkte Steuern werde die Akkumulation
...des Kapitals gehindert und der Unternehmungsgeist dadurch
...geschwächt. Dieser Grund ist längst durch die Erfahrung widerlegt.
... (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wo soll denn die Grenze
...sein, von der ab der Unternehmungsgeist geschwächt wird, wenn die
...Steuer zu hoch ist? Daß der Unternehmungsgeist geschwächt wird
...deshalb, weil man 8 Proz. Steuern auf dem Altar des Vater-
...landes opfern soll, glaube ich sicher nicht, noch dazu, wo von
...8 Prozent 3 Prozent ausdrücklich eine Kriegsteuer sind.
...Tauschen wir uns darüber nicht: die Resolution bedeutet
...den Versuch, die Lasten des Krieges zum größten Teil wieder
...auf die Masse der Bevölkerung abzuwälzen. (Sehr richtig! bei den
...Sozialdemokraten.) Einer Handvoll Produzenten zu-
...liche sollen die Krüger, wenn sie aus den
...Schützengräben heimkehren, noch weiter für die
...notwendigsten Lebensmittel unerträglich hohe
...Preise zahlen.

Das ist der Dank,

den Sie unseren Kriegern abtaten. (Sehr wahr! bei den Sozial-
...demokraten.) So wills Preußen, und Sie hoffen, Ihren Willen dem
...Reichstag und dem Bundesrat aufzuzwingen. Wir hoffen aber, daß
...nicht der Wille des Preussischen Abgeordnetenhauses in dieser Frage
...maßgebend sein wird, sondern der Wille der gesetzgebenden Kör-
...perschaften des Reiches, und wir sind der festen Zuversicht, daß der
...Reichstag Ihnen einen Strich durch die Rechnung machen wird.
... (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Frhr. v. Hedlich (L.):

Wir hoffen, daß die von dem Vorredner bekämpfte Resolution
...von dem Hause mit großer Mehrheit angenommen wird.

Damit schließt die Debatte. Das Gesetz wird nach den
...Kommissionsbeschlüssen angenommen, ebenso die Resolution
...der Kommission; die Resolution auf Einführung von hauptamtlichen
...Veranlagungskommissionen gegen die Stimmen der Konservativen.
...Die Anträge der Sozialdemokraten werden ab-
...gelehnt.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr. (Anträge, kleinere Vor-
...lagen.)

Abg. Ströbel (Soz.) fragt an, wie es mit seiner Beschwerde
...über die gestrige Wortentscheidung stehe.

Präsident Graf Schwerin-Löwig: Eine Beschwerde über Rufe zur
...Sache gibt es nach der Geschäftsordnung nicht. Ich werde Ihnen
...eine schriftliche Antwort erteilen.

Schluß 8 1/2 Uhr.

Politische Uebersicht.

Die preussischen Steuerzuschläge.

Das Abgeordnetenhause hat am Dienstag nach
...debattierter Erledigung des Entwurfs eines Fischereigesetzes
...in zweiter Lesung die Steuervorlagen beraten. Die
...sozialdemokratische Fraktion hatte ihre in der Kommission ge-
...stellten, dort aber abgelehnten Anträge auf Freilassung der
...Einkommen unter 6500 M. von neuen Zuschlägen und stärkere
...Veranziehung der ganz hohen Einkommen und der Vermögen
...auf neue eingebracht; aber trotz der durchschlagenden Gründe,

Nicht-russisches Rußland.

Düpreßquartier, 13. März 1916.

Soweit man bisher nach dem Osten vorgebrungen ist, zwei Er-
...scheinungen drängen sich immer von neuem als charakteristisch für
...das besetzte Gebiet dem Beobachter auf: die Grobkränzigkeit und das
...Fehlen einer russischen Bevölkerung. Obwohl die deutsche Grenze
...hundert bis hundertfünfzig Kilometer hinter uns liegt, haben wir das eigentliche
...Kernrußland noch nicht erreicht. Alles östlich der schwarzweißen
...Grenzwälle ist geräumig. Die Niesentäler, oft öde, reizlose Feld-
...landschaften, an denen man kilometerweit vorbeifährt, ohne ein Haus,
...ohne einen Menschen zu sehen, scheinen in die Unendlichkeit hinein-
...zuwachsen. Die nicht ausgebauten Straßen und Wege sind vielfach
...8- bis 12mal so breit als die Straßen in Deutschland, ausgedehnte
...Höfe, großräumige Zimmer findet man überall. Trotzdem wohnt die
...arbeitende Bevölkerung in den Städten in engen dumpfen, von der
...Licht- und Luftzufuhr abgesperrten Behausungen. Die ländliche Be-
...völkerung haust zumest sehr zerstreut in vereinzelt stehenden
...Dütchen. Der Holzbau primitivster Art herrscht vor, nur in Ruß-
...land hat ich ein Hervortreten der Steinhäuser.

Allein die sechs Gouvernements Aurland, Kowno, Wilna, Minsk,
...Grodno, Suwalki umspannen eine Fläche von rund 250 000 Quadrat-
...kilometer mit über 10 Millionen Einwohnern. Die mittlere Volks-
...dichte auf 1 Quadratkilometer beträgt demnach 40 gegen nur 25 im
...Kernrußland. Das bisher besetzte Gebiet gehört nicht zum eigent-
...lichen Rußland; seine Bewohner sind keine Russen, sondern unter-
...worfenen Völker, die Rußland wohl mit einer russischen Sprache hat
...überzogen, aber nicht hat ausfragen können, weder sprachlich noch
...national vollständig russifiziert hat. Die von jeder beliebige russische
...Annektations- und Unterdrückungspolitik, Sprachverbote und ökonomische
...russische Schulen haben die Selbständigkeitsbestrebungen der ge-
...nebelten Völkerstämme nicht zu ersticken vermocht. Unter Duldung
...schwerer Verfolgung und Behauptung schwerer Strafen, trotz Drang-
...salisierung aller Art, kämpfen sie unablässig für ihre Mutterprache
...und ihre eigene Kultur. Zuweilen machte die unter dem Druck der
...Verhältnisse gesammelte Energie, die aufgespeicherte Empörung sich in
...Aufständen Luft, die jedoch immer wieder blutig unterdrückt wurden.
...In den erwähnten Gouvernements, die nur einen Teil der von Ruß-
...land zusammengeschobenen und zusammengekauerten Länder dar-
...stellen, war der Prozentsatz der Russen verschwindend klein. In
...Polen z. B. zählte man unter je hundert der Bevölkerung nur drei,
...in Aurland, Litauen und Weißrußland nur vier Russen. Und das
...waren überwiegend von der russischen Regierung in diese Gebiete
...verpflanzte Beamte, Organe der Russifizierungspolitik, die das Volk
...vielfach schikanierten, die sich wie Blutegel an ihm vollzogen und ihr
...gut Teil dazu beitrugen, Abneigung und Haß gegen Rußland fort-

die Getreide Sirsch ins Feld führte; Ichne das Haus gegen
...die Stimmen der Sozialdemokraten und der Polen die Anträge
...ab. Ueber unsere endgültige Stellung hatte sich unser Redner
...die Entscheidung vorbehalten, er ließ aber deutlich genug
...durchblicken, daß eine demokratische Partei dem Staate so
...lange keine neuen Steuern bewilligen könne, wie dieser noch
...Millionen zur Bekämpfung der Sozialdemokraten, der Polen
...und der Dänen übrig habe. Mit Schärfe wandte sich Ge-
...nosse Sirsch weiter gegen die von der Kommission beantragte
...Resolution, die sich gegen direkte Reichsteuern richtet; den
...konservativen Redner, der sich bei der Begründung dieser
...Resolution u. a. auf den bekannten Artikel von Kolb in den
...„Soz. Monatsh.“ berufen hatte, fertigte er mit dem Hinweis
...darauf ab, daß es sich hier um die Neuführung eines
...einzelnen Genossen handle, daß aber das Erfurter Pro-
...gramm, auf Grund dessen die sozialdemokratischen Landtags-
...fraktion gewählt sei, und das ihr als Richtschnur zu dienen
...habe, darüber anders denke.

Die Resolution selbst wurde gegen die Stimmen der ge-
...samten Linken angenommen. Weiter gelangte zur Annahme
...eine Resolution, die die Uebertragung des Vorjtes in den
...Veranlagungskommissionen in den Bezirken mit weniger ein-
...fachen Verhältnissen an besondere Kommissionen im Hauptamt
...wünscht, eine Resolution, die sogleich nach Beendigung des
...Krieges eine Vorlage über Abänderung des Kommunal-
...abgabengesetzes fordert, und eine Zentrumsresolution betr.
...weiteren Ausbau des Kinderprivilegs. Dagegen wurden die
...sozialdemokratischen Anträge auf Heraushebung der Grenze
...des steuerfreien Einkommens und auf Befreiung des § 23
...des Einkommensteuergesetzes abgelehnt. Es stimmten nur
...Sozialdemokraten, Polen, Fortschrittler und ein Teil der
...Nationalliberalen dafür.

Am Mittwoch soll der noch vorhandene Stoff auf-
...gearbeitet werden.

Die Frage der „Neuorientierung“ in Hessen.

Bei der Besprechung der wirtschaftlichen Maßnahmen betonte
...der Minister des Innern v. Homberg, die heftige Regierung habe
...der Erhöhung der Kartoffelpreise im Einvernehmen mit der Land-
...wirtschaftskammer widerstanden. Für sie sei die Erhöhung der
...Kartoffelpreise überraschend gekommen. Die Gründe des
...Reichslandtags hierfür seien ihm nicht bekannt, mühten aber wohl
...wichtig gewesen sein. Auf die Äußerungen des Abg. Ulrich (Soz.)
...über die Neuorientierung, erklärte der Minister, mit Rücksicht auf
...den Burgfrieden sich dazu nicht eingehend äußern zu können.

Der Minister sagte dabei u. a.: Dem Wunsche des Abgeord-
...neten Ulrich, daß sich die Regierung schon jetzt über eine etwa be-
...absichtigte Neuregelung der innerpolitischen Ver-
...hältnisse äußern möge, glaube ich mit Rücksicht auf den Burg-
...frieden, dessen Aufrechterhaltung uns doch allen gleichmäßig am
...Herzen liegt, nicht entsprechen zu können. Die großherzogliche Re-
...gierung ist sich wohl bewußt, daß alle Deutschen ohne Unterschied der Partei
...mit hingebender Opferwilligkeit Gut und Blut eingesetzt haben im
...Dienste des Vaterlandes, und sie wird nicht anstreben, die von ihr ge-
...machtten Erfahrungen auch nach dem Kriege auf politische Gebieten
...entsprechend zu bewerten. Daraus erklärt sich zur Genüge, daß die
...Zugehörigkeit zu einer bestehenden politischen Partei im allgemeinen
...ungleiche Behandlung in staatsbürgerlicher Beziehung nicht begründen
...kann. Wir hegen das Vertrauen, daß insbesondere die sozial-
...demokratische Partei in Hessen ihre während des Krieges
...betätigte vaterländische Gesinnung beibehalten und daß sie auch
...ferner zum Wohle des Vaterlandes mitzuarbeiten bereit sein wird.
...Unter dieser Voraussetzung entfällt jeder Anlaß, ihre Anhänger im
...Gemeindeamt nicht zu bestätigen.

Ueberschreitung der Höchstpreise allertwärts.

Der vor kurzem gegründete Brandenburg-Berliner Viehhandels-
...Verband sichtet bereits in die Deffinitivität, um dem Wucher und
...der Gesetzesübertretung entgegenzutreten. Er teilt in den rechts-
...stehenden Blättern — der „Post“, der „Täglichen Rundschau“ usw. —
...mit, daß täglich Anzeigen aus der Provinz Brandenburg ein-
...laufen, wonach Händler wie auch Fleischer die festgesetzten Höchst-
...preise für Rinder und Schweine überschreiten oder in irgendeiner
...Form (Stalldelger, Fahrlohn usw.) den Viehverkäufers Aufwendungen
...zukommen lassen, die eine Ueberschreitung der Höchstpreise enthalten.
...Außerdem sind einige Landwirte und andere Personen angezeigt
...worden, die sich mit Vieheinkäufen für Händler und Fleischer ab-
...geben.“

Gegen alle angezeigten Personen sei das Strafverfahren ein-
...geleitet worden; ihnen stehen Gefängnisstrafen bis zu einem Jahr
...oder Geldstrafen bis zu 10 000 M. in Aussicht, außerdem Verant-
...wortung des Urteils und Entziehung der Konzession. Am Schluß der
...Verlautbarung ersucht der Verband dringend darum, jede

gefeht lebendig zu erhalten. Berücksichtigt man das ganze Gebiet nicht-
...russischer Völkerstämme, die Rußland im Westen und Süden unter-
...jocht hat, dann ergibt sich eine Fläche von über 1 Million Quadrat-
...kilometer mit rund 60 Millionen Einwohnern.

Das eroberte westliche Rußland sticht besonders durch seinen
...Waldbereichum hervor. Von der gesamten Bodenfläche sind 4. M.
...Wald: in Aurland 27, in den Gouvernements Wilna 24, Minsk 28,
...dagegen in Bessarabien nur 6 Proz. In dem einen Teil Polens,
...Aurland, Litauen und Weißrußland umfassenden Gebiet wohnen in
...Süden bis zur Ostsee sich vordringend vorwiegend Litauer, zum Teil
...Polen, im Norden Deutsche und Letten, im Osten Weißrussen; in
...den Städten stark mit Juden durchsetzt. In manchen Städten bilden
...die Juden die Hälfte und mehr der Bevölkerung. Außer der Ge-
...räumigkeit findet man wenig Einseitiges. Steppe, Sumpf, Wald,
...guter Ackerboden, Sandfläche, Lehm, Wasserreichtum und ver-
...durftetes Feld wechseln in bunter Folge. So wenig einheitlich wie
...das Volk unter russischer Herrschaft und wie die Bodengestaltung
...ist auch die Temperatur. Rußland ist in Wirklichkeit kein Koloz aus
...einem Guß, sondern ein Gemengel von Duzenden sprachlich und
...ethnographisch verschiedener Völker. Ein Land mit teils fast tropischer
...und mit polarer Temperatur. Ein Land mit großen Strömen und
...unzähligen kleinen Flüssen, mit Seen, Tiefen, Gebirgsflüssen und
...Höhengängen, ein Land mit schlechten Verkehrsverhältnissen und vielen
...Anahabaten. Am günstigsten liegen die Verhältnisse in Aurland.
...Hier sind ungefähr 75 Proz. der Einwohner des Lebens kundig.
...Im Gouvernment Kowno über 40 Proz., im Gouvernment
...Suwalki etwas weniger. Dagegen ist der größte Teil der Weiß-
...russen in diese Kunst noch nicht eingedrungen, nicht viel besser steht
...es in dieser Beziehung bei den Litauern.

Die bisher üblichen Vorstellungen von der grimmigen Strenge
...des russischen Winters sind für das besetzte Gebiet nicht zutreffend.
...Im allgemeinen ist hier die Temperatur von der ostpreussischen nicht
...wesentlich verschieden. Die tiefste Wintertemperatur hat nicht etwa
...der Norden (Aurland), sondern ein Teil der Ukraine, Kijew — 6,2
...Grad, Charlow — 8,3 Grad, Jekaterinoslaw — 7,4 Grad im
...Januarmittel, gegen — 5 Grad in Witau und — 5,6 Grad in Wilna.
...Weiter nach Osten nimmt die Strenge des Winters schnell zu. Ob-
...wohl jedoch Weißrußland, Litauen und Aurland erträgliche Tempe-
...raturen aufweisen, macht sich hier der Winter empfindlicher be-
...merkbar als in der südlichen Ukraine mit strengerer Kälte. Hier hat
...nämlich der Winter eine kürzere Dauer, der Schneefall ist gering und
...oft schon im März setzt bei trockenen Winden eine warme Frühling-
...temperatur ein. Im Gebiet unseres linken Flügels bis zum Nigajden
...Werkzusen hält die niedrige Temperatur bei reichlichen Schneefällen
...länger an und feuchte Winde steigern die Unannehmlichkeit der Fröste.
...Als Maßstab für die Dauer des Winters mag hier die Gefrierzeit
...einiger Flüsse dienen. Der Dnjepr ist im allgemeinen 70 Tage zu-

Uebersetzung an die Geschäftsstelle des Viehhandels-Verbandes
... (Berlin W. 62, Schillstr. 10) sofort zu melden.

Die Verteilung der Nahrungsmittel zwischen Stadt und Land.

Unter dieser Ueberschrift wird in der nächsten Nummer der
...„Sozialen Praxis“ von Prof. Paul Eghbacher ein Aufsatz erscheinen, in
...dem auf eine bisher fast gar nicht beachtete ungleiche Bevorzugung
...der ländlichen Bevölkerung gegenüber den Stadlern hinsichtlich der
...Versorgung mit Nahrungsmitteln hingewiesen wird.

Der Verfasser geht von der Tatsache aus, daß nach dem letzten
...Jahresbericht der Landesversicherungsanstalt für Brandenburg die
...große Mehrheit der Invalidenrentenbewilligungen durch Ent-
...kräftung und Untertum der Rentenempfänger notwendig geworden
...sind. Das an sich richtige Bestreben, den wohlhabenden Stadlern
...zugunsten der Rinderbemittelten durch Rationierungsarten den
...übermäßigen Verbrauch unmöglich zu machen, hat wirtschaftlich keine
...große Bedeutung. Die Zahl der Wohlhabenden ist im Verhältnis
...zu gering, als daß sie selbst bei überreicher Ernährung den
...großen Massen viel entziehen könnten. 1914 hatte Preußen 41 Mill.
...Einwohner, unter ihnen machten diejenigen, die ein Einkommen von
...3000 M. oder mehr verzeichneten, mit ihren Familien nur drei
...Millionen aus. Sind in einer Großstadt mit 300 000 Einwohnern
...reichlich Nahrungsmittel vorhanden, so schadet es nichts, wenn
...10 000 Wohlhabende schmelzen; fehlt es einer solchen Großstadt an
...Nahrungsmitteln, so hilft es wenig, wenn diese 10 000 sich gleich
...den übrigen einschränken. Ungleich wichtiger als eine richtige
...Verteilung der Nahrungsmittel zwischen Reich und Arm ist ihre
...richtige Verteilung zwischen Stadt und Land. Nach der Zählung
...von 1910 wohnten von den 65 Millionen Menschen, die damals das
...Deutsche Reich hatte, 33 Millionen in Gemeinden mit weniger als
...5000 Einwohnern, 32 Millionen in größeren Gemeinden. Wenn in
...einer Stadt von 300 000 Einwohnern 10 000 Wohlhabende zubiel
...essen, ist dies für die 290 000 Unbemittelten ziemlich bedeutungslos.
...Wenn dagegen 33 Millionen Menschen mehr als nötig essen, so muß
...bei den 32 Millionen in den größeren Städten notwendig Mangel
...die Folge sein.“

Bei der Untersuchung der Frage, ob denn wirklich diese Un-
...gleichmäßigkeit der Nahrungsmittelverteilung besteht, kommt Prof.
...Eghbacher zu der Feststellung, daß der Landwirt zunächst einmal
...seinen eigenen Bedarf sichert. Als unangenehme Seite der
...Hochpreise bezeichnet er, daß der Bauer in diesem Bestreben
...sogar befristet wird. Zum anderen hat die Landbevölkerung
...aber auch mehr als sonst Mittel zum guten Leben. „Aus
...den Verichten ländlicher Kreditgenossenschaften geht hervor,
...daß ihnen während des Krieges viel größere Summen zu-
...fließen als in der vorausgegangenen Friedenszeit. Hat der
...Landwirt aber reichlich Geld, so fällt für ihn ein Antriebs-
...fort, seine Erzeugnisse zu verkaufen, und er wird infolgedessen besser
...leben. Dierher gehört ganz besonders der reichliche Genuß von
...Schweinefleisch.“ Das ergibt sich aus folgender Uebersetzung: Die
...Verminderung des Schweinebestandes betrug nur etwa 20 Proz.
...Die Zufuhr von Schweinen und Schweinefleischwaren nach den
...größeren Städten hat sich viel mehr vermindert. Weniger die
...Gewichtsberringerung oder die Bedürfnisse des Heeres als vielmehr
...der stärkere Fleischverzehr der Landbevölkerung sind die Ursache.
...Schließlich werden die Städte noch durch Mästung der Schweine
...zum größten Teil mit Stoffen, die zur menschlichen Ernährung ge-
...eignet sind, und von dem die Hälfte im Schweine verloren geht,
...benachteiligt.

Mit dieser Feststellung soll unseren Landwirten kein Vorwurf
...gemacht werden. Der einzelne Mensch ist sich in der Regel nicht
...bewußt, was sein Handeln in Verbindung mit dem gleichen Handeln
...vieler anderer für die Gesamtheit bedeutet. „Es muß einmal
...darauf hingewiesen werden, daß die gegenwärtige Notlage in den
...Städten nicht darauf beruht, daß es dem deutschen Volke an
...Nahrungsmitteln gebricht, sondern darauf, daß diese nicht richtig
...zwischen Stadt und Land verteilt sind. Es muß alles Erdenkliche
...geschehen, um diesen Uebelstand, der durch die bisherigen Maß-
...nahmen nicht verhindert, sondern gesteigert worden ist, schnell und
...mit Entschiedenheit zu bekämpfen.“

Kommunale Maßnahmen zur Nahrungsmittelversorgung.

Die Stadtgemeinde Straßburg i. E., die in der Milch-
...versorgung und Milchbeschaffung schon früher vorgegangen ist, hat
...jetzt aus städtischen Mitteln mit einem Kostenaufwand von rund
...112 000 M. eine Wurstfabrik und Fleischhalle eröffnet. Es sollen in
...dieser Fabrik die Fleischvorräte, die in den städtischen Gefrierhallen
...eingelagert sind, zur Verarbeitung gelangen.

Der Magistrat der Stadt Passau beschloß, in eigener Regie
...die Rinderfleischungen aufzunehmen und das Fleisch unter dem
...Selbstkostenpreis an die Familien der Kriegsdienstverweigerer zu verkaufen.
...Ferner beabsichtigt der Magistrat an den fleischlosen Tagen Seefische
...auf den Märkten abzugeben. Der Passauer Magistrat hat weiterhin
...beschlossen, allwöchentlich Höchstpreise für den Fleischverkauf in den
...Schlachterläden festzusetzen. Diese werden von einer amtlich ein-
...gesetzten Kommission aus den Vieheinlaufpreisen nach dem Schlacht-
...gewicht berechnet, die gleichfalls allwöchentlich festgesetzt werden.

getoren, die Eisdecke am Unterlauf des Dnjepr hält 80 Tage, bei
...Kijew 100 Tage, die Weichsel hat eine ebenso lange Gefrierzeit wie
...der Dnjepr, der Njemen hat bei Kowno 100 Tage tragendes Eis, die
...Düna an ihrem Unterlauf jedoch 120 Tage. Zum Vergleich sei noch
...angeführt, daß die Moskwa bei Moskau während 140 Tagen, die
...Wetwa bei Petersburg 147 Tage unter der Eisdecke verschwindet.

Die Düna, deren unterer Lauf die Frontscheide zwischen der
...russischen und deutschen Truppen bildet, entspringt auf dem mittel-
...russischen Plateau, sie gehört mit ihrer 8500 Quadratkilometer
...großen Fläche zu den mittleren Strömen Rußlands. Ihr zunächst
...südsüdwestlich gerichteter Lauf wendet sich bei Wiedeß (Weißrußland)
...westnordwestlich. Nachdem sie die westrussische Seeplatte passiert hat,
...fließt sie mit einer starken Wendung nach Norden in die baltische
...Ebene hinein. In diesem Flußwinkel liegt Dünaburg, jetzt wohl die
...stärkste russische Festung an der Ostfront. Hier überschneidet die von
...Wien und Berlin über Barischa und Endbühnen—Wilna—Düna-
...burg nach Petersburg führende Bahn den Fluß. Auch die Bahn
...Smolensk—Riga geht an dieser Stelle über die Düna. Die südlich
...vorgelegene Seenplatte und die ausgehöhlten Sümpfe setzen dem
...Vormarsch der Angreifer große Hindernisse entgegen. Der Lieber-
...gang fände in der Düna selbst wohl keine unüberwindlichen Schwie-
...rigkeiten, aber der Fluß würde, namentlich bei starkem Eisgang, die
...rückwärtige Verbindung erheblich stören und den Nachschub er-
...schweren. Man konnte die Stadt zusammenschließen, aber damit wäre
...sie nicht eingenommen und die Zerstörung hat keinen strategischen
...Wert.

Die Stärke der Festung liegt nicht in mächtigen Bastionen und
...Zementtürmen, sondern in einem Kilometer breiten nekartig
...ausgebauten Schützengrabengürtel. Die Photographie dieses Gürtels
...aus der Vogelperspektive zeigt ein Gewirr von tiefen Gräben und
...leicht geschwungenen Strichföhen. Danach könnte man auf eine Un-
...zahl systematisch ausgetorfener, ganz willkürlich angelegter Gräben
...schließen. Bei näherem Zusehen läßt sich jedoch leicht erkennen, daß
...der eine Graben stets von mehreren anderen Gräben flankiert werden
...kann. Der Angreifer kann sich keiner Stellung nähern, ohne nicht
...von links und rechts beschoßert werden zu können. Bei dieser Anlage
...haben die Russen wieder ihre Kunst in der Technik des Schütz-
...engrabensbau bewiesen. Mit schweren Geschützen ist gegen die meist
...in Sand ausgehobenen Gräben nicht viel auszurichten; hier sind
...andere Mittel notwendig als im Westen, falls einmal nach dem
...Plänen der obersten Heeresleitung die Front noch weiter nach dem
...Osten verschoben werden sollte. Die Verhältnisse zeigen deutlich
...genug, daß die deutschen Truppen am linken Flügel der Front des
...Krieges Beschwernisse sattjam zu Loten haben, wenn auch der
...Heeresbericht seit langer Zeit von der Ostfront fast täglich meldet:
...„Keine wesentlichen Veränderungen!“

Düwell, Kriegsberichterstatter.

Aus Industrie und Handel.

Rußland kauft Kohlenfelder. Die „Politiken“ aus Bergen meldet, verhandelt die russische Regierung mit einer amerikanischen Gesellschaft über den Ankauf der Kohlenfelder an der Adventbay auf Spitzbergen, die bisher von dieser Gesellschaft abgebaut worden waren. Die Kaufsumme soll dem Vernehmen nach 15—20 Millionen Dollar betragen. Die Russen wollen die Kohlen zum Betriebe der Murmandbahn und für die in Aussicht genommene Station an der Murmandbahn benutzen. (B. L. W.)

Kriegsgewinne.

Die Bremer Rolandmühle, A.-G., in Bremen verteilt wieder 17 Proz. Dividende.

Die Vereinigten Fränkischen Schußfabriken vorm. Nag Brüst in Nürnberg haben 1915 glänzend abgeschlossen. Der Reingewinn stieg von 740 733 auf 1 261 441 M., die Dividende von 7 auf 15 Proz.

Die Ballonfabrik August Niedinger, A.-G. in Augsburg, kann für das erste Geschäftsjahr ebenfalls 15 Proz. Dividende verteilen. Reingewinn 295 685 M., Abschreibungen 138 946 M.

Gebr. Krüger u. Co., Metallwarenfabrik in Berlin, erhöhen ihre Dividende von 10 auf 15 Proz.

Die Maschinenbau-Anstalt und Eisengießerei vorm. F. H. Flöther, A.-G. in Gassen i. d. Lausitz, beschert ihren Aktionären 14 Proz. (i. B. 12 Proz.)

Die C. Hedemann, A.-G. in Duisburg, steigert ihre Dividende von 7 auf 13 Proz.

Die Rabenberger Spinnerei schlägt die Verteilung von 12 1/2 Proz. Dividende vor (i. B. 12 Proz.).

Die Deutschen Händlholzfabriken, A.-G. in Zauenburg, erzielen nach 160 000 M. Abschreibungen (i. B. 87 646 M.) einen Reingewinn von 814 000 M. (i. B. 252 783 M.). Sie verteilen daraus 12 Proz. Dividende (i. B. 8 Proz.).

Die Paradi-Folierrohrwerke Max Haas, A.-G. in Reichenan bei Chemnitz, bereitet den Aktionären (Kalkfabrik Hölha) eine angenehme Lieberzahlung. Sie blieb im Vorjahre dividendelos und zahlt jetzt 12 Proz.

Die Vereinigten Fabriken Landwirtschaftlicher Maschinen, vorm. Epple u. Burgbaum in Augsburg, erhöhen ihre Dividende von 8 auf 12 Proz., den Ueberschuß von 409 443 auf 759 478 M.

Die Aktienfabrik Rönchberg verdoppelt die Dividende von 6 auf 12 Proz.

Die Mannheimer Gummi-, Gutta-percha- und Kautschukfabrik wird 11 Proz. Dividende verteilen gegen 8 Proz. im Vorjahre. Den Reingewinn erhöhte sie von 817 853 auf 668 334 M.

Die Kammgarnspinnerei Bernshausen steigerte ihren Reingewinn von 192 156 auf 257 846 M., die Abschreibungen von 95 106 auf 136 739 M. Die Vorzugsaktien erhalten 11 (i. B. 9), die Stammaktien 10 (i. B. 8) Proz. Dividende.

Die Greppiner Werke erhöhen ihre Dividende von 10 auf 11 Proz.

Aus Groß-Berlin.

Ein Feiertag.

Am vergangenen Sonntag bin ich vom Rahlisdorfer Bahnhof nach der Laubentkolonie Kaulsdorf-Oberfeld spaziert. Es ist jetzt schon draußen in den Laubentkolonien. Schneeglockchen und Krokus heben überall die weißen Blütenbüschel und die bunten Kelche empor. In den Obstbäumen sind die braunen Knospen saft- und kraftgeschwollen, und die Sträucher sind schon mit dem lichtgrünen Hauch der ersten Blättchen überzogen. Überall wird fleißig gearbeitet: Bäume und Sträucher werden beschnitten und aufgebunden, Spargelbeete werden geschichtet und allenthalben wird der Boden für die Aufnahme der Saat vorbereitet. Noch ein paar Sonntage, dann wird hier draußen alles grün und blühen...

Und doch: Kriegswirkungen auch hier draußen. Mehr wie nur einmal finde ich an einzelnen Besitzungen eine Tafel: „Zu verkaufen“. Und auf die Frage: „Warum?“ antworten die Nachbarn: „Er ist gefallen.“ Und unaufgefordert erzählen sie von ihm: er hatte solche große Freude an dem Wachsen und Blühen in seinem kleinen Eigentum, er hat es so teilnahmsvoll betreut, und soviel Sorgfalt und Liebe hat er darauf verwendet. Und nun liegt er im Osten oder im Westen mit Tausenden und aber Tausenden im Grab. Der Frühling ist wieder gekommen und findet ihn nicht mehr.

Vom Ende der Kolonie führt der Weg durch die Nieselfelder der Stadt Berlin nach Seltersdorf und Hönow, dem Dorf der „schweren“ Bauern. Der Weg ist schön, der aus der Enge der Kolonie ins Weite führt. Zur Seite säumt ihn Weiden- und Eichengebüsch und ein leise fließendes Wasser. Und der Blick sieht weit voraus immer auf ein Stüchlein Welt, das von hohen Bäumen wie überdacht ist...

Hinter dem Gebüsch eines Begehüchels treten nun ein paar Menschen hervor, die ich beim Näherkommen als eine Mutter mit Tochter und Sohn erkenne. Es sind einfache, fast ärmlich gekleidete Leute; die Frau ist groß und hager, die beiden Kinder sind elf- bis dreizehnjährig. Langsam kommen wir uns näher. Und schließlich erkenne ich auch weshalb: die Mutter trägt einen schweren Sack mit Kartoffeln, und die Kinder schleppen sich jedes mit einer großen Tasche voll des kostbaren Gutes...

Am Sonntagnachmittag sind sie aufs Dorf gegangen, um Kartoffeln zu bekommen. Am Sonntagnachmittag schleppen sie sich mit der Last.

Auf dem Rückwege bin ich ihnen wieder begegnet. Sie saßen im Bahnhof Rahlisdorf auf einer Bank... müde und still...

Und ich dachte nach über den Sonntag dieser armen Menschen, ihren Feiertag...

Reiche Leute machen Einbrecher im Konfektionsviertel. In dem Geschäftshaus Jerusalem Str. 28, an der Ecke der Kronenstr. befindet sich außer anderen Betrieben auch die Kostümfabrik von Arnold Gelbart. Ihre Räume liegen im ersten Stock nach der Kronenstr. zu. Sie wurden am Sonnabend bei Geschäftsschluss ordnungsmäßig verschlossen. Im Laufe des Sonntags besuchte sie niemand aus dem Betriebe. Am Montagmorgen entdeckte man, wie nachträglich bekannt wird, daß entweder in einer der beiden Räumlichkeiten oder den Sonntag über Einbrecher dagewesen waren. Sie haben wahrscheinlich mit Nachschlüsseln oder Dietrichen die Haustür und die Eingangstür im ersten Stock geöffnet und für etwa 4—5000 M. fertige Waren und Stoffe gestohlen. Von dem Verbleib ihrer Beute hat man noch keine Spur gefunden.

Der Buttermangel wird von Schwindlerinnen ausgenutzt. In verfallenen Stadtteilen besuchen junge Mädchen die Hausfrauen und schwindeln ihnen vor, daß sie durch besondere Verbindungen Gelegenheiten hätten, ihnen Butter zu verschaffen. Die leichtgläubigen und vertrauensfertigen Frauen geben den Mädchen gern den Kaufpreis gleich mit, warten aber vergeblich auf die Butter. Eine Frau, die sich zur Vorsicht gleich reichlich versehen wollte, büßte 30 M. ein. Die Schwindlerinnen machen zum Teil den Eindruck von zwölf- bis

dreizehnjährigen Mädchen. Da sie auf eigene Faust vorgehen, oder von anderen benutzt werden, steht noch dahin.

Aus der Armenpflege der Stadt Berlin.

Für den der Armenverwaltung zugewiesenen Teil des Armenwesens, der hauptsächlich die sogenannte offene Armenpflege umfaßt, ist der Verwaltungsbericht über das Etatsjahr 1914 (1. April 1914 bis 31. März 1915) jetzt erschienen. Die Ausgaben der offenen Armenpflege und der zu ihrer Deckung aus dem Stadtsäckel geleistete Zuschuß zeigen, wie der Bericht hervorhebt, eine „außerordentlich starke Steigerung“. Im letzten Jahre wurden hierfür fast 15 1/2 Millionen Mark ausgegeben, wovon annähernd 14 1/2 Millionen durch Zuschuß aus dem Stadtsäckel gedeckt werden mußten, gegenüber 14 1/2 Millionen Ausgabe und etwa 18 1/2 Millionen Zuschuß im vorletzten Jahre. Die Armenverwaltung sagt in ihrem Bericht, die Steigerung sei „auf die Entwicklung des Krieges zurückzuführen, die in den ersten Kriegsmontaten — vor Organisation der Kriegswohlfahrtspflege — besonders groß sein mußte.“ An der Gesamtausgabe des letzten Jahres waren die Unterstüßungen in barem Geld oder in Lebensmitteln usw. beteiligt mit rund 12 Millionen Mark, wovon auf laufende Almosen-gelder über acht Millionen, auf laufende Pflegegelder ziemlich 1 1/2 Millionen, auf außerordentliche Unterstüßungen ziemlich 2 1/2 Millionen entfielen. Dazu kam noch die übliche, den meisten Almosenempfängern und Pflegemittlern gezahlte Winterunterstützung (für Feuerung), die diesmal etwa 1/2 Million erforderte, so daß die Gesamtausgabe für alle durch die Armenkommissionen aus-gezählten Unterstüßungen sich auf 12 1/2 Millionen stellte. Gegenüber dem vorletzten Jahre hatten alle Arten von Unterstüßungen ein Mehr von Ausgaben, besonders aber erforderten die außerordentlichen Unterstüßungen, die in der ersten Zeit nach Ausbruch des Krieges in großer Zahl bewilligt werden mußten, eine bedeutende Mehrausgabe. Die 12 1/2 Millionen Mark für Unterstüßungen überschritten die für diesen Zweck durch den Etat bewilligte Summe um reichlich 1/2 Million. Daß die Ausgabesteigerung nicht so sehr durch Erhöhung der Unterstüßungsbeträge als durch Mehrung der Unterstüßungsempfänger zustande gekommen ist, wird ersichtlich aus einer Zusammenstellung über die Zahl der bewilligten Unterstüßungen. Der Durchschnitt aus den zwölf Monaten des Etatsjahres ergibt, daß an Unterstüßungen pro Monat gezahlt wurden: im vorletzten Jahre 86 098 Almosen-gelder, 12732 Pflegegelder, 12 695 außerordentliche Unterstüßungen, zusammen 61 585 Zuwendungen, dagegen im letzten Jahre 36 768 Almosen-gelder, 13 164 Pflegegelder, 16 555 außerordentliche Unterstüßungen, zusammen 66 512 Zuwendungen. Auf je 1000 Personen der durchschnittlichen Bevölkerung kamen im vorletzten Jahre etwa 80, im letzten Jahr aber 83 Unterstüßte, wobei freilich auch zu beachten ist, daß vom vorletzten zum letzten Jahr die Bevölkerungszusammensetzung sich stark geändert hat. Inzwischen hat im noch laufenden Etatsjahr 1915 (1. April 1915 bis 31. März 1916) die Unterstüßtenzahl wieder abgenommen.

Arbeiter-Bildungsschule. Heute Mittwoch, abends um 8 1/2 Uhr, findet die letzte Unterrichtsstunde im Kursus des Genossen Eichhorn statt. Die Hörer werden ersucht, sich recht pünktlich zur angegebenen Zeit im kleinen Schulzimmer einzufinden.

Schwerer Straßeneinbruch. Vor dem Hause Velle-Alliance-Str. 98 lief am gestrigen Dienstag mittags gegen 1/2 1 Uhr der fünfjährige Karl Steinmüller beim Spiel so kurz vor einem in der Richtung nach dem Gesundbrunnen fahrenden Straßenbahnwagen der Linie 99 auf das Gleis, daß es dem Fahrer trotz größter Bemühungen nicht möglich war, den Wagen rechtzeitig zum Stehen zu bringen. Der Kleine wurde umgestoßen und geriet unter den vorderen Schutzrahmen. Erst nach Anheben des Wagens mittels mitgeführter Winden konnte der Verunglückte befreit werden. Das Kind hatte einen Schädelbruch und innere Verletzungen davongetragen und wurde in bestimmungslosem Zustande nach dem Urban-Krankenhaus gebracht.

Kein Geburtenüberschuß mehr in Berlin.

Die Rinderung der Geburten in Berlin im Laufe des Winters fortgeschritten. Ueber die Bevölkerungsbewegung liegen Zusammenstellungen des Statistischen Amtes der Stadt jetzt erst für die Zeit bis Ende Januar abgeschlossen vor. Sie ergeben, daß in den Monaten November, Dezember, Januar die Geburten nicht mehr die Sterbefälle auszugleichen vermochten. In diesen drei Monaten wurden im vorletzten Winter noch 2892, 3163, 3203 Kinder, aber im letzten Winter nur noch 2120, 2247, 2086 Kinder geboren (ohne die Totgeborenen). In denselben Monaten starben (ohne die Totgeborenen) im vorletzten Winter 2902, 2774, 2843 Personen, im letzten Winter 2316, 2567, 2444 Personen. Der letzte Winter brachte weniger Sterbefälle als der vorletzte, aber noch stärker war die Rinderung der Geburten. Für jeden der genannten drei Monate blieb diesmal die Zahl der Geburten unter derjenigen der Sterbefälle. Der Ueberschuß an Sterbefällen betrug für November 196, für Dezember 820, für Januar 858.

Den Tod auf den Schienen fand die 20 Jahre alte Streckenarbeiterin Anastasia Ilow aus der Rüdersdorfer Straße 12, die auf der Ringbahn beschäftigt war. Sie wollte auf dem Potsdamer Ringbahnhof ein Gleis überschreiten und übersah, daß gerade ein elektrisch betriebener Zug auslief. Der Fahrer dieses Zuges, der kaum noch einige Meter von der Unglücksstätte entfernt war, als diese wider Erwarten das Gleis betrat, konnte ihn nicht rechtzeitig mehr zum Stehen bringen. Das Mädchen wurde überfahren und auf der Stelle getötet.

Zur herrschenden Seifenknappheit.

Dem Kriegsaussschuß für Dele und Fette wird uns geschrieben:

Seitdem eine gewisse Knappheit an Seifen eingetreten ist, wird den Hausfrauen vielfach empfohlen, aus häuslichen Fettestoffen und dergleichen sich selbst Seife herzustellen. Dieser wohlmeinende Rat dürfte in Unkenntnis der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen erteilt werden. Durch die Bundesratsverordnung vom 6. Januar 1916 ist nämlich die Verwendung von Fetten und Ölen zur Seifenherstellung verboten und darf nur im Wege der Ausnahme erfolgen, wenn eine besondere Genehmigung seitens des Herrn Reichskanzlers erteilt wird. Die Hausfrauen werden daher gut daran tun, ihre Fett- und Ölfreste zu sammeln und dieselben einer Seifenfabrik, welche sich diese Genehmigung verschafft hat oder zu verschaffen in der Lage ist, zu verkaufen. Die Selbstbereitung von Seifen im Hause ist schon aus dem Grunde unzulässig, weil hierbei das wertvolle Glycerin, welches in den Fetten enthalten ist, nicht gewonnen werden kann und verloren geht. Da das Glycerin einer unserer wichtigsten Kriegsrohstoffe ist, bedeutet jede Vergeubung dieses wertvollen Materials eine Beeinträchtigung der Landesverteidigung.

Mit den geringen Vorräten an vorhandenen Seifen sollte in den Haushaltungen heute auf das sparsamste gewirtschaftet werden. Noch immer wird bei der Wäsche in unverantwortlicher Weise Seife vergeudet, in vielen Fällen wird hochwertige Kernseife oder Schmierseife verwendet, in denen der angestrebte Zweck ebenso gut durch Verwendung eines billigen Waschküblers erreicht werden kann. Vor allem aber sollte gegenwärtig ganz davon abgesehen werden, Seifen oder Seifenpulver zum Reinigen von Geschirr und zu Schuerverweiden zu verwenden. Für diese Zwecke sollte ausschließlich warme Seifenlösung benutzt werden, die hierfür dieselben Dienste leistet wie die wertvolle Seife. (B. L. W.)

Durch einen Sprung aus dem Fenster hat sich gestern morgen der 44 Jahre alte Maurer Ludwig Reumann aus der Medischstr. 25 das Leben genommen. Der Mann litt schwer an der Lunge und war dadurch auch nerven- und gemühtkrank geworden. In der Verzweiflung sprang er morgens um 7 Uhr aus seiner im dritten Stock des Seitensüßgels gelegenen Wohnung auf den Hof hinab und war sofort tot.

Ein neue Berliner Ringbahnstation. Ein neuer Haltepunkt wird im Bereich der Berliner Stadt- und Ringbahn am 1. April dem Verkehr übergeben. Es ist dies die neuerrichtete Station Wiyleben. Sie befindet sich an der Abzweigstelle der Stadtbahn und der Vollringbahn zwischen den Stationen Westend, Charlottenburg und Halensee. Die Haltestelle ist lediglich für den Personenverkehr bestimmt, Gepäck und Expressgut werden nicht abgefertigt. Die Entfernungen betragen zwischen Wiyleben und Westend 1,22 Kilometer, zwischen Wiyleben und Charlottenburg 1,81 Kilometer, zwischen Wiyleben und Halensee 1,50 Kilometer. Es werden dort sämtliche Stadtbahn-, Nordring- und Vollringzüge halten.

Der Erweiterungsbau des Vorortbahnhofs Baumgartenweg ist soweit vorgeföhrt, daß im nächsten Monat die eisenbahntechnische Prüfung und Abnahme wird erfolgen können. Der Bahnhof hat trotz seiner zwei Bahnsteige bei dem dort herrschenden starken Verkehr nicht den Anprüchen genügt und hat daher jetzt einen dritten Bahnsteig erhalten. Ein Bahnsteig ist für den Verkehr auf der Götterstraße bestimmt, während die beiden anderen dem Verkehr der Stadtbahn und nach dem Potsdamer Bahnhof und dem Zugverkehr nach dem Stadtinnern dienen. Die Inbetriebnahme des neuen Bahnsteiges ist für den 1. Mai in Aussicht genommen.

Das Opfer des Verbrechens, das auf der Richterfelder Bahnstrecke an einem jungen Mädchen verübt worden ist, konnte nunmehr rekonstruiert werden. Es handelt sich um die 18jährige Erna Wagner, der Tochter eines Postbeamten aus Charlottenburg. Die Familie Wagner hatte am letzten Sonntag nachmittags gemeinsam den Zoologischen Garten besucht. An dem Besuch hatte auch die 18jährige Erna, die bei einer Familie in Siedende in Stellung ist, teilgenommen. Gegen 9 Uhr abends verabschiedete sich das junge Mädchen, um nach Siedende zurückzufahren. Auf der Fahrt dorthin ist dann das Verbrechen geschehen. Daß es sich um ein Verbrechen handelt, wird nach wie vor angenommen; auch die Eltern sind dieser Ansicht, da bei dem lebenslustigen Charakter des Mädchens ein Selbstmord völlig ausgeschlossen erscheint. Andere Umstände sprechen auch dafür, daß ein Unfall nicht vorliegt. Das junge Mädchen hatte, als es die Fahrt nach Siedende antrat, ein Portemonnaie mit einem größeren Geldbetrag bei sich und auch eine leberne Handtasche, die beide verschunden und zweifellos von dem Täter geraubt worden sind. Erna Wagner liegt noch immer im Schönberger Krankenhaus bewußlos danieder und konnte deshalb bisher noch nicht vernommen werden.

Aus Furcht vor der Härforgeziehung hat sich der 18jährige Schüler R. aus der Sedanstraße 94 in Weichensee das Leben genommen. Während seine Tante, bei der er wohnte, die Wohnung für kurze Zeit verließ, um eine dringende Besorgung zu machen, erhängte sich R. Als er aufgefunden wurde, war der Tod bereits eingetreten.

Aus den Gemeinden.

Stadtverordnetenversammlung in Schöneberg.

In der Stadtverordnetenversammlung am Montag brachte die sozialdemokratische Fraktion nachfolgenden Antrag ein:

„Der Magistrat wird ersucht, in Anbetracht der erneuten großen Steigerung der Preise fast aller Lebensmittel des Volkes die Gewährung einer weiteren Feuerungszulage für Angestellte, Arbeiter und Hilfskräfte in Erwägung zu ziehen.“

Nachdem gelangten mehrere Etats zur Verhandlung. Aus dem Volksschuletat ist zu entnehmen, daß bedürftigen Kindern auf Antrag der Eltern die in der Volksschule benötigten Lernmittel überwiesen werden sollen. Die Kinder der Hilfsklasse erhalten diese ohne weiteres. Nach zweijähriger Benutzung werden die Bücher Eigentum der Kinder. Die Mittel für Lernmittel sind infolge der erhöhten Bedürftigkeit verstärkt worden.

Ferner wurde der Magistrat ersucht, für die Stellung der Reinmachfrauen in den Schulen eine andere Regelung zu treffen. Die Frauen wurden bisher von den Schuldienern besoldet, die den Frauen die Tage der Siegesfeiern stets in Abzug brachten, obwohl volle Leistung geleistet werden mußte. Die Frauen sollen ständig beschäftigt werden. Dem wurde ebenfalls zugestimmt.

Für Einstellung von Ersatzmannschaften für die zum Feuerdienst einberufenen Mannschaften der Feuerwehr wurden 80 000 M. bewilligt. Die Geltungsdauer der Ordnung über die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit ist bis zum 31. März 1917 verlängert worden.

Die Erhöhung des Gemeindesteueraufschlages auf 170 Proz. soll dazu beitragen, den Ausfall des Jahres 1915 in Höhe von 900 000 M. zu decken, daneben aber auch, um im kommenden Geschäftsjahr vorbeugend zu wirken. Ferner sollen die Freischüler der höheren Lehranstalten in der Schuljahrsumme unentgeltlich behandelt werden. Für Kriegsausgaben wurden bisher 30 Mill. Mark gezahlt, die nur zu einem bestimmten Teil zurückvergütet werden. Außerdem beschloß die Versammlung, den Assessor Dr. Lohmeyer zum Stadtsyndikus zu wählen.

Der eingangs erwähnte sozialdemokratische Antrag gelangt in der Sitzung am 3. April zur Beratung.

Vortragabend der Stadt Neukölln.

Dienstag, den 28. März 1916, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, veranstaltet die Stadt Neukölln in der Aula der Realschule, Wobbinstraße 84/81, den letzten diesjährigen volkstümlichen Vortragabend. Der von früheren Veranstaltungen her bekannte Herr Otto Wiemer wird ernste und heitere Dichtungen rezitieren.

Numerierte Platzkarten a 10 Pf., die zugleich zur kostenfreien Abgabe der Garderobe berechtigen, sind vom 22. März ab im Rathaus, 2 Treppen, Zimmer Nr. 210, während der Dienststunden sowie an der Abendkasse von 7 1/2 Uhr ab erhältlich.

Stabsberatung in Reinickendorf.

Die Gemeindevertretung beschloß in ihrer letzten Sitzung, den kommunalen Zuschlag zur Staatsinkommenssteuer von 165 Proz. auf 190 Proz. zu erhöhen. Von dieser Erhöhung wird eine Mehreinnahme von rund 100 000 M. erwartet. Die übrigen Steuern wurden mit den bisherigen Sätzen in den Etat eingesetzt. Doch wird bei der Grundwertsteuer ein Minderertrag von 84 000 M., bei der Zuwachssteuer von 2500 M., (Gesamtertrag nur noch 1000 M.) und der Umsatzsteuer von 86 000 M. angenommen. Die Bier- und Lustbarkeitssteuern lassen 6000 M. Ausfall erwarten und die Grundsteuer 2000 M. Als einzige Ueberschuß abwerfende Position erscheint das Gemeinbewässerwerk im Etat. Dieser Ueberschuß von 62 000 M. und der des Steuerertrags mit 1 458 000 M. dienen zum Ausgleich der Zuschüsse, die alle übrigen Etats in Höhe von 1 545 000 M. erfordern. Eine neue Anleihe im außerordentlichen Etat zur Deckung des Fehlbetrages aus 1914 und zur Verzinsung von Zinsen für die von der Grundstücksverwaltung aufgenommenen Anleihen hilft den Etat balancieren. Mit den Steuern in der beschlossenen Höhe ist das nur dadurch erreichbar, daß alles, was auch nur entfernt mit dem Krieg in Verbindung ist, sorgfältig aus dem Etat ausgeschieden war. Die Kriegsofer werden die Gemeinde erst in den künftigen Jahren belasten.

Gemeindevahlergebnisse.

Mariensfeld. Da bei dem am Sonntag, den 19. d. Mis., stattgefundenen Wahlen zur Gemeindevertretung eine Verhinderung erzielt worden war, vollzogen sich die Wahlen lampflos. Es wurden gewählt in der dritten Klasse: Gastwirt Wilhelm Mannig, Genosse Fritz Grellich. In der Ergänzungswahl für den gefallenen Gärtnereibesitzer Mertens der Eigentümer Wilhelm Leverenz. Die Beteiligung war sehr gering, es wurden nur 113 Stimmen abgegeben.

Friedenau. Bei der gestern abgehaltenen Gemeindevertreterswahl wurden die Genossen Paul Richter und Ferd. Paasche gegen eine Stimme wiedergewählt.

